

4. Jahrgang Nr. 3
Berlin, März 1928

Preis: 10 Pfennig
10 Rappen - 5 Kop.

DER ROTE HELFER

當美犯高仁山尹運新

昨在天橋執行槍決



ZU HILFE

DEN KANTONER KOMMUNARDEN!

Die Märzfrage 1921!

Die Geburtsstunde der Roten Hilfe!

Die „Friedenspolitik“ der deutschen Bourgeoisie endete Anfang 1921 in einer Sackgasse. Die Siegerstaaten setzten von London aus neue Strafmaßnahmen gegen Deutschland fest. Durch die Besetzung von Rheinhäfen, die Erhebung einer Ausfuhrabgabe von deutschen Waren und die Errichtung einer Zollgrenze am Rhein sollten die Mittel für die „Wiedergutmachung“ flüssig gemacht und der Außenhandel der deutschen Bourgeoisie eingeschränkt werden.

Dazu kam die für den 20. März in Oberschlesien festgesetzte Volksabstimmung, deren Ergebnis auch die Gegensätze zwischen Deutschland und Polen weiter zuspitzen mußte.

Für das deutsche Proletariat bedeutete die Durchführung der Sanktionen und „Verteidigungsmaßnahmen“ gegen Polen verschärfte Ausbeutung und verstärkte Arbeitslosigkeit. In Ostpreußen, Pommern und Mecklenburg kämpften die Landarbeiter um Verbesserung ihrer Lage. In den Kohlengebieten, und vor allem im mitteldeutschen Industriegebiet garte es unter den Arbeitern.

Für die deutsche Bourgeoisie war es eine Zeit voller Gefahren und Verwicklungen; sie konnte ihren Kampf nicht gleichzeitig nach allen Seiten führen und sie entschied sich zunächst gegen die für ihre Rechte kämpfende deutsche Arbeiterschaft. Durch blutige Niederschlagung der Vorhut, der anmarschierenden Revolution sollte diese selbst vernichtet werden. Mitteldeutschland wurde dafür in Aussicht genommen. „Felddiebstähle“ und „Massendiebstähle“ in den industriellen Werken wurden vorgeschützt, um den Einmarsch der Polizei und der Reichswehr nach Mitteldeutschland zu rechtfertigen. Dieser Plan war von langer Hand vorbereitet und in Konferenzen (am 12. und 23. Februar in Merseburg, 13. März in Magdeburg und 18. März wieder in Merseburg), an denen Regierungsvertreter aus Berlin, Magdeburg, Merseburg Erfurt sowie die Landräte und Vertrauensleute politischer Parteien teilnahmen, eingehend besprochen.

Die Denkschrift der Preußischen Regierung gibt das auch zu, indem sie hierüber sagt:

„Der Oberpräsident der Provinz Sachsen (Hörsing) ist am 14. März mit dem Verlangen hervorgetreten, das Industriegebiet des Bezirks Merseburg mit Schutzpolizei zu belegen, und zwar:

a) um die Landwirtschaft gegen die zahlreichen Felddiebstähle durch organisierte und bewaffnete Banden zu schützen. (?)!

b) um in den großen industriellen Werken die Massendiebstähle wertvoller Rohmaterialien (Grubenholz, Kupfer usw.) zu verhindern. (?)!

c) um die Nachforschungen nach verborgenen Waffen fortzusetzen.

Mit dem 18. März 1921 sollen verlegt werden:

a) Abteilung Polizeimajor Folte, Stärke 2 Hundertschaften Magdeburg, 1 Hundertschaft Halle, 1 Hundertschaft Eulenburg nach Eisleben, Mannstädt und Hettstädt.

b) Abteilung Polizeimajor Fendel-Satorius (Stärke 2 Hundertschaften Merseburg, 2 Hundertschaften Mählhäusern, 1 Hundertschaft Annaburg, 1 Hundertschaft Magdeburg), eine Abteilung aus Berlin unter Polizeimajor von Bessel.

Auftrag zu a) den Mansfelder Gebirgskreis zu besetzen, polizeilich zu säubern und nach Waffen abzusuchen.

Auftrag zu b) für den Fall, daß die Aktion Folte Unruhen auslösen sollte, Aufstandsbewegungen im Gebiet Merseburg, Geiseltal, sowie bei Schafstädt, Teutschenthal im Keime zu ersticken.

Aus diesen Veröffentlichungen der Preußischen Regierung geht einwandfrei hervor, daß die ganze Aktion die Aufgabe hatte, die mitteldeutschen Arbeiter restlos zu entwaffnen und jeden Verteidigungsversuch der Arbeiterschaft als „Unruhen“ zu betrachten und zur blutigen Niederschlagung der mitteldeutschen Arbeiterschaft zu benutzen.

Am 18. März 1921, am Revolutionsgedenktag, rückte Hörsing mit 8 Hundertschaften Sipo und Jäger in Mitteldeutschland ein. Die Arbeiterschaft antwortete mit dem Generalstreik und forderte: Sofortigen Abzug der weißen Gardien, Hörsing telegraphierte: Polizei bleibt dort, und schob immer neue Verstärkungen nach. Orgeschbanden wurde mobilisiert und Achtgroschenjungen auf die Arbeiterschaft gehetzt.

Die Versuche der Arbeiterschaft im Ruhrgebiet, an der Wasserkante, in Süddeutschland und in Berlin, den ihre Heimatsorte verteidigenden mitteldeutschen Arbeitern durch Kampfmaßnahmen zu unter-

stützen, kamen zu spät, die mitteldeutschen Arbeiter wurden blutig niedergeschlagen. Der weiße Terror triumphierte.

Revolutionäre Arbeiter wurden erschlagen, zu Tausenden in die Gefängnisse geworfen, von ihrer Heimatsscholle vertrieben. Im Leunawerk, in den Kriegsgefangenenlagern Pisteritz und im Wittenberger Brückenkopf waren die Gefangenen zu Tausenden untergebracht. Ueber 1500 Mann davon waren in einem der Riesen-Silos des Leuna-Werks gesperrt, der 500 Meter lang und eine Höhe von 45 m hat. In diesem Riesenraum konnten sich die Arbeiter oft bei der Arbeit nicht erwärmen und damals steckten die Gefangenen Tag und Nacht darin, ohne Heizgelegenheit, schlecht und unzureichend genährt. Dieses Gefängnis war eine Totenkammer: Wer nicht von den Kugeln der Sipo niedergestreckt werden war, der holte sich hier den Todeskeim.

Ein Arbeiter, der am 9. April vom außerordentlichen Gericht abgeurteilt wurde, befand sich in einem Zustand, der kaum zu beschreiben ist: Blutig geschlagen, nicht mehr in der Lage zu gehen, wurde er von Sipomanschaften, wenn er nach einigen Schritten zusammengebrochen war, durch Fußtritte und Faustschläge zum Weitergehen veranlaßt. Als er völlig außerstande war, sich fortzubewegen, wurde er auf eine Tafellore geladen. Sipomanschaften schlugen weiter auf ihn ein, so daß er auf der anderen Seite wieder herunterfiel.

Die Reaktion feierte ihren Sieg. Am 7. April gab die Direktion des Leunawerkes den würdigen Befreiern ein „Festessen“, zu dem sich alle Schichten der Konterrevolution zusammenfanden (Oberpräsident Hörsing, der Regierungspräsident von Merseburg, Graf Poninsky, Oberst v. Klüfers, Reichstagsabgeordnete und Vertreter der Presse. Die Heldentaten der Grünen und Weißen wurden gefeiert und der Reichstagsabgeordnete Krüger-Halle legte feierlich Zeugnis ab, für das Verhalten der Truppen den „Auführern und Verbrechern“ gegenüber.

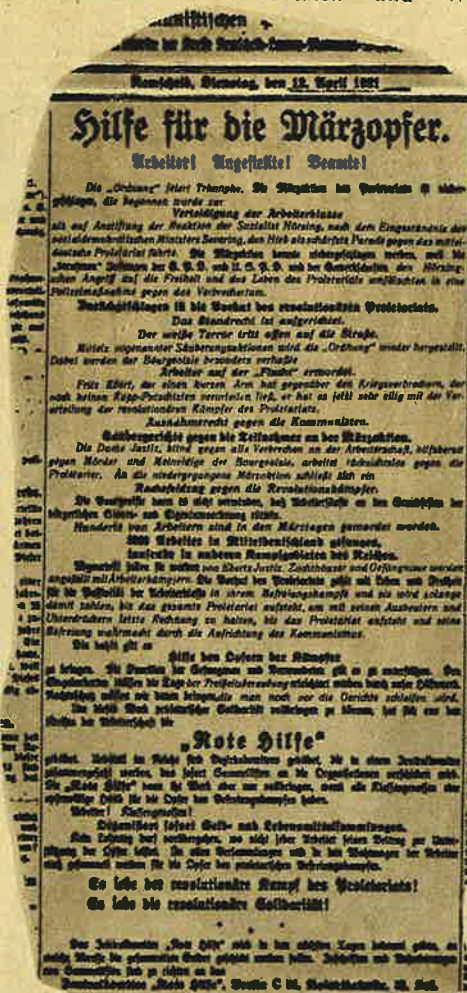
Wie groß die Empörung der deutschen Arbeiterschaft über die Bestialitäten der Ordnungstruppen war, davon legt die Resolutions Zeugnis ab, die der XI. Gewerkschaftskongreß des A.D.G.B. der vom 19. bis 24. Juni 1922 in Leipzig tagte.

„Der 11. Gewerkschaftskongreß protestiert aufs schärfste gegen die unerhörten Urteile der Klassenjustiz der deutschen Republik gegen revolutionäre Arbeiter. Er ist aufs tiefste empört gegen die kaltblütigen Vorbereitungen der Märzaktion 1921 durch die Regierung in den amtlichen Besprechungen am 12. und 23. Februar 1921 (siehe Protokoll des Untersuchungsausschusses des preußischen Landtages), über die grauenhaften Mißhandlungen Tausender Arbeiter durch die „republikanische“ Schupo (siehe ebenda) und über die massenweise Einkerkung revolutionärer Arbeiter durch die Sondergerichte.“

Not und Elend war unter den Werktätigen eingekehrt. Die klassenbewußte Arbeiterschaft stand vor der Frage, wie kann den vielen Tausend Gefangenen, Frauen und Kindern geholfen werden? Noch in den ersten Apriltagen 1921 bildete sich in Berlin ein provisorisches Rote Hilfe-Komitee und bereits am 12. April erschien der Aufruf „Hilfe für die Märzopfer!“

Schon dies erste Lebenszeichen der organisierten Hilfe erregte die Aufmerksamkeit der Behörden und der Aufruf wurde durch die Zensur stellenweise unterdrückt. Trotzdem hörten die Werktätigen den Hilferuf. Mit Unterstützung der ausländischen Arbeiterschaft gelang es der Roten Hilfe, in den ersten 9 Monaten ihres Bestehens, von April bis Dezember 1921 7 061 414,32 M. zur Auszahlung zu bringen. Wenn auch die Rote Hilfe Deutschlands als überparteiliche Organisation erst am 1. Oktober 1924 entstanden ist, so hat aber die in den Jahren 1921 bis 24 für die politischen Gefangenen und ihren Angehörigen tätige Rote-Hilfe-Bewegung nicht nur ihre Aufgabe erfüllt, sondern auch große Sympathien in den breiten Massen gewonnen, die Voraussetzung bildeten für den Aufbau der großen überparteilichen Massenorganisation der R.H.D.!

J. Schlör.



Die Geburts-Urkunde der R. H. D. Am 12. April 1921 erschien der 1. Aufruf der Roten Hilfe. Er wurde zum Teil von der Zensur verstümmelt. Die gestrichelten Stellen sind in unserem Dokument in Schrägschrift (Kursiv) hervorgehoben.

5
80

JAHRE

Internationale Rote Hilfe 48er Revolution

Am 18. März 1928 begeht die Internationale Rote Hilfe den Jahrestag ihres 5jährigen Bestehens. Aus der Not von Tausenden und Abertausenden Opfern der revolutionären Bewegungen, aus dem Gefühl proletarischer Solidarität, die die kämpfenden Revolutionäre mit den eingekerkerten, gemarterten und getöteten Opfern des weißen Terrors und der Klassenjustiz verbindet, entstand jene mächtige, weltumspannende Organisation der Internationalen Roten Hilfe. Gewiß, schon vor der nominellen Gründung der Internationalen Roten Hilfe bestanden in mehreren Ländern Versuche, um den politischen Gefangenen und ihren Angehörigen juristische Hilfe und finanzielle Unterstützung angeheihen zu lassen. Solche Einzelversuche war das „Rechtsschutzkomitee der ungarischen Emigration in Wien“, das „Politische Rote Kreuz in Polen“, das „Revolutionäre Rote Kreuz in Oesterreich“, die „Rote Hilfe“ in Deutschland, die nach der Märzaktion des Jahres 1921 entstanden war, das „Nationale Schutzkomitee“ und der „Rat des Arbeiterschutzes“ in den Vereinigten Staaten.

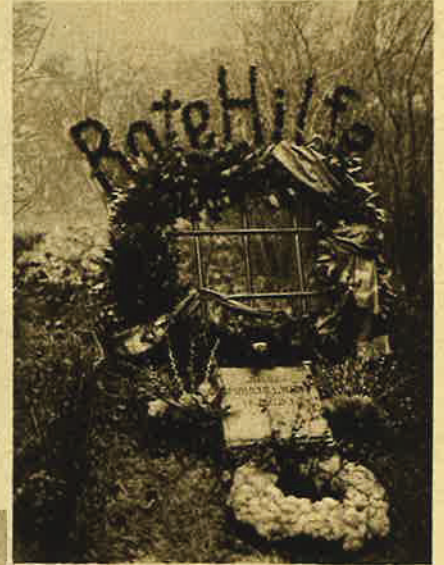
In dem Lande der befreiten Arbeiter und Bauern, in der Sowjet-Union, entstand der Gedanke und die Initiative, eine größere internationale proletarische Organisation der internationalen Solidarität zu schaffen. Fast gleichzeitig trat die „Gesellschaft der alten Bolschewiki“ und die „Gesellschaft der früheren politischen Eingekerkerten und Verbannten“ Ende 1922 mit der Idee der Organisation der internationalen proletarischen Hilfe hervor. Es waren die Mitglieder dieser beiden Gesellschaften, die den Terror des alten zaristischen Regimes noch am eigenen Leibe erfahren hatten, die am schnellsten die Notwendigkeit und Wichtigkeit zur Hilfe und Solidarität für die Opfer der revolutionären Bewegungen in allen Ländern, wo kapitalistischer Terror und Klassenjustiz die Kämpfer in Banden schlägt, begriffen.

Die erste internationale Konferenz der Internationalen Roten Hilfe wurde vom 14. bis 16. Juli 1924 in Moskau abgehalten.

Hier wurde der Grundstock gelegt für die Entwicklung der Roten Hilfe in allen Ländern. Auf der 2. internationalen Konferenz, die vom 24. März bis 5. April 1927 stattfand, wurden schon 44 Länderorganisationen registriert, von denen 31 durch Delegierte vertreten waren. Zwar ist die Rote Hilfe Deutschlands der IRH. formell nicht angeschlossen. Aber mit jeder Faser des Herzens fühlen sich die Roten Helfer Deutschlands mit dieser Organisation verbunden. Obwohl auch die Rote Hilfe Deutschlands eine organisatorische Eingliederung für notwendig hält, so ist sie dennoch nicht angeschlossen, weil sie nicht gewillt

ist, den Staatsanwälten und Gerichten den Vorwand zu einem Verbot zu liefern. Wenn also nicht auch organisatorisch mit der Internationalen Roten Hilfe verbunden, so ist die RHD. doch ideologisch vollkommen vereint mit der Internationalen Roten Hilfe und all ihren Organisationen und Millionenmitgliedern der ganzen Welt. —

Am 18. März 1928 tritt in Moskau der 2. Reichskongreß der Mopr der Sowjet-Union zusammen. Die Roten Helfer Deutschlands, die proletarisch politischen Gefangenen und ihre Angehörigen, wissen, weil sie es praktisch erfahren haben, daß die Mopr der Sowjet-Union jene nie erlahmende Solidaritätsorganisation ist, die überall da, wo weißer Terror und



Grab des Genossen Julius Marchlewsky, des 1. Präsidenten der I. R. H., auf dem Friedhof in Friedrichfelde bei Berlin. Auf dem Grab der Kranz der R.H.D., Bezirks-Org. Berlin-Brandenburg.



Das Emigranten Heim der Mopr in Moskau.

Klassenjustiz wütet, ihre hilfreiche Bruderhand den eingekerkerten, gefolterten und gepeinigten Klassenbrüder entgegenstreckt. An dem Tage, an dem die Mopr der Sowjet-Union zu ihrem 2. Reichskongreß zusammentritt, senden die Roten Helfer Deutschlands

dieser Organisation, die als leuchtendes Beispiel allen voranschreitet, die brüderlichsten und herzlichsten Grüße, verbunden mit dem Gelöbniß, in der Erfüllung internationalen Solidaritätspflichten den russischen Genossen nachzueifern.

In diesen Märztagen sind seit 1848 80 Jahre vergangen, seitdem die Flamme der Revolution zum ersten Male auch in Preußen-Deutschland aufflammte, und dem Absolutismus die ersten vernichtenden Schläge beigebracht wurden.

Nach den Märzkämpfen des Jahres 1921 entstand die Rote Hilfe-Bewegung in Deutschland. 4 Jahre vorher hatten ebenfalls in den Märztagen die russischen Arbeiter, Bauern und Soldaten das zaristische Henkerregime endgültig niedergeschlagen. Der Beginn der proletarischen Revolution von November 1917 wurde im Geist jener unsterblichen Opfer der Pariser Kommune von 1871 geführt, deren Andenken in den Hirnen und Herzen der Proletarier der ganzen Welt lebt.

Nach den Juli-Schlächtereien des Jahres 1871 gibt es keine Gemeinschaft mehr zwischen Bourgeoisie und Proletariat.

Die Kommunekämpfer von 1871 sind nicht gestorben. Sie leben in denen, die als erste das Joch der kapitalistischen Sklavetten abwarfen; sie leben in all denen, die kühn und unerschrocken den Kampf gegen die Tyrannei der kapitalistischen Fron führen. Sie leben in den eingekerkerten, gemarterten und gepeinigten der kapitalistischen Welt. Ihr Werk lebt in denen, die diesen Opfern und ihren Angehörigen proletarische Hilfe reichen. Die IRH. ist das Sanitätskorps der Kommunekämpfer der Welt.



Friedhof der Märzgefallenen 1848 im Friedrichsplatz zu Berlin

CHINA-KAMPAGNE IN USSR

Aus dem Bildbandstreifen:

„China und der revolutionäre Freiheitskampf des chinesischen Volkes“

Das Blut erstarrt einem in den Adern

Ueber 6000 Getötete, 4000 Verwundete, 200 zum Tode Verurteilte nach allen Regeln der Klassenjustiz! Das war 1926

Ueber 70 000 Getötete, Hingerichtete und Gefolterte im Jahre 1927!

Darunter sind Tausende der besten, der ehrlichsten, der glühendsten Revolutionäre des Landes, Zehntausende Arbeiter und Bauern, Greise, Frauen und Kinder nicht ausgenommen.

Viele dieser Opfer wurden erschossen-erwürgt, geköpft, lebendig verbrannt oder verscharrt, gehängt, auf langsamem Feuer bei lebendigem Leibe buchstäblich geröstet, andere wieder in Stücke gehackt und gerissen.

So sieht das furchtbare Antlitz des Terrors in China aus. Das Blut erstarrt einem in den Adern von all den Schrecken, die in Städten und Dörfern unseres unglückseligen Landes wüten.

* * *

„Im Dorfe Tai-Je wurden 56 Bauern von den Truppen Siao-Da-Ing gefangen genommen. Man schlitzte ihnen den Bauch auf, stopfte in die klaffende Wunde Baumwolle, worauf man sie mit Petroleum begoß und anzündete“.

„58 Bauern und 5 Arbeiter im Dorfe Sie-Ning, 167 Bauern in Men-Jang, 34 Bauern und 20 Arbeiter in Tsu-Aj wurden von den lokalen Militaristen und Landadeligen auf langsamem Feuer verbrannt.“ (Mitteilungen, gesammelt vom Bauernbund der Provinz Hupeh.)

„Im Laufe von drei Tagen wurden in Shanghai etwa 300 Arbeiter hingerichtet oder kurzerhand auf der Straße erschlagen. Die Köpfe der Hingerichteten wurden in der Stadt auf Piecken herumgetragen oder in Körben über den Stadttore aufgehängt. Lu-Bao-Ing, der Kommandant von Shanghai, erhielt vom Marschall Sun-Tschuan-Fang ein Dankschreiben.“ (Mitteilung der Hankauer Zeitung Min-Go-Tschi-Bao.)

„374 Arbeiter, die man in Kanton im Theater gefangen nahm, wurden zum Tode verurteilt und an Ort und Stelle mit Maschinengewehren erschossen.“ (Bericht der Zeitung Schu-Tja-Ju-Bao über die Ereignisse in Kanton vom Dezember 1926.)

„Im Dorfe Tsja-Li wurden 586 Bauern getötet. Vielen wurden Eisenstücke durch den Leib getrieben. Sie starben unter furchtbaren Qualen. Die Frauen wurden vor der Hinrichtung vergewaltigt und ihnen die Brüste abgeschnitten.“ (Nachrichten des Bauernbundes der Provinz Hupeh.)

Die Mopr an der Spitze der Hilfsaktion

Die gesamte Millionen-Organisation der Mopr der USSR ist in diesen Wochen mobilisiert zur Durchführung einer großen Kampagne zur Unterstützung der Opfer der chinesischen Revolution. Einem Brief, den die Redaktion des „Roten Helfer“ von einem Funktionär aus dem Nord-Kaukasus erhielt, entnehmen wir folgende Mitteilung:

„Wir machen Geldsammlungen, verbreiten Sammellisten, organisieren revolutionäre Samstage und Sonntage. Von den Gehältern werden freiwillig Gehaltsabzüge abgeliefert. Auf diese Weise sammelt die Mopr Geld, das wir unseren chinesischen Brüdern, den Opfern des chinesischen Freiheitskampfes überweisen werden. Die Werktätigen des Nord-Kaukasus-Rayon stehen in echter proletarischer Solidarität zu den chinesischen Freiheitskämpfern und bringen mit Freuden ihre Spenden dar. — In kurzer Zeit feiern wir das 5jährige Jubiläum der Mopr. Hierzu führen wir eine rege Vorbereitungsarbeit durch. In allen Ortsgruppen beschäftigen sich die Roten Helfer mit den Maßnahmen, die zur Durchführung dieser Kampagne getroffen werden sollen. — Die Hauptmomente der Kampagne im 5jährigen Jubiläum der Mopr sind: „Aufklärung über die Formen und Methoden des Klassenkampfes im kapitalistischen Ausland; Ueber die Resultate der 5jährigen Arbeit der Mopr; Werbung neuer Mitglieder; Schaffung enger Verbindung mit den unter der Patenschaft der Mopr stehenden Gefängnisse im kapitalistischen Ausland und Organisationen. Aus Anlaß des 5jährigen Jubiläums ist eine Reihe Literatur erschienen, der Rayon Nord-Kaukasus gab eine eigene Zeitung heraus, zahlreiche Plakate sind erschienen.“ — So werden in der Mopr der Sowjet-Union Kampagnen vorbereitet und durchgeführt.

Im März erscheint die schon lange erwartete Broschüre

Das blutende China

64 Seiten

Prels voraussichtlich 30 Pfg.

Mopr-Verlag

G. m. b. H.

Berlin NW 7

Dorotheenstraße 77-78

Hier die Ansprache
Wilhelm II. an die nach
China ausrückenden
deutschen Truppen im
Jahre 1900
in Wilhelmshaven.

Herausgegeben vom Zentralvorstand der R.H.D., zusammengestellt nach Bildern der Exekutive der I.R.H., Moskau.

INTERNATIONALER FRAUENTAG * UND DIE ROTE HILFE *

Zum 8. März von Erna Halbe

Auf der Frauenkonferenz in **Kopenhagen** im Jahre 1910 wurde auf Vorschlag der Genossin **Klara Zetkin**, der gegenwärtigen Präsidentin der IRH., der Beschluß gefaßt, einmal im Jahre — am 8. März — alle proletarischen Frauen der ganzen Welt durch besondere Propaganda aufzurufen und zu ermahnen, Mitstreiterinnen im großen Kampf der Arbeiterklasse gegen ihre Unterdrücker zu werden. Bis 1913 fanden in einigen Ländern bereits große Kundgebungen statt. Aber dann kam der Weltkrieg. Aus den Sozialdemokraten waren zum großen Teil Sozialpatrioten geworden, die „ihr Vaterland“ verteidigten. Die Internationale war in Trümmer gegangen.

Im Jahre 1916 wagte sie es — wieder war es die Genossin **Klara Zetkin** — alle Vertreterinnen der einst so stolzen 2. Internationale nach **Bern** einzuladen. Die Parteivorstände fluchten in allen Sprachen. Es half nichts! Trotz alledem erging von dieser **Konferenz** der erste Ruf der Frauen verschiedener Nationen durch die Welt: **Nieder mit dem Krieg!**

Mit dem Jahre 1919 — dem Bestehen der **Kommunistischen Internationale** — wird alljährlich wieder der **Frauentag** in allen Ländern abgehalten. Die **Kommunistischen Parteien** veranstalten meistens eine **Frauenwoche**, in der mit besonderen Agitationsmitteln die Frauen verschiedener Schichten der Bevölkerung mobilisiert werden für ihre eigenen Forderungen. Die Frauen sollen ihre **Klassenlage** erkennen lernen, sollen sich einreihen in den **Kampf** gegen

Herabsetzung der Löhne, Verlängerung der Arbeitszeit, Erhöhung der Mieten, Verteuerung der Lebensmittel durch Steuern und Zölle, gegen die Verpfändung der Schule durch das neue Reichschulgesetz, gegen die Verschärfung der Klassenjustiz durch das neue Strafgesetz, in dem auch der alte § 218 nicht fehlt. Die Kommunistische Partei beruft Versammlungen nach Betriebsschluß und in den Wohnbezirken ein, macht Straßen- und Häuserblockpropaganda, vertreibt ihre Literatur, ruft die Arbeiterinnen aus den Fabriken, die Hausfrauen aus ihren Mietskasernen, die Heimarbeiterinnen aus ihren dumpfen, engen Arbeitsstuben.

Was geht diese Frauenwoche die Rote Hilfe an? Sehr viel! Die **Rote Hilfe begrüßt es**, wenn die proletarischen Frauen mobilisiert werden zum **Kampf gegen ihre Unterdrückung**. Sie hat selbst sehr viele Frauen in ihren Reihen,

leistet eine systematische Aufklärung unter den Frauenmassen besonders über das Wesen der **Klassenjustiz** und ihre Auswirkung. Sind nicht auch Tausende von **Frauen** in den **Befreiungskämpfen** des Proletariats **gefallen**? Würden und werden nicht Tausende von ihnen in die **Gefängnisse und Zuchthäuser** gesteckt? Haben nicht viele ihr **Leben lassen** müssen, weil sie den weißen Bestien nicht zu Gefallen waren oder weil sie keine Verräter werden wollten? Müssen nicht gerade heute Tausende von Frauen und Mädchen in China ihr **Haupt unters Fallbeil** legen, nur weil sie den alten chinesischen Zopf abschneiden?

Aber noch in anderer Beziehung hat die Rote Hilfe ein Interesse an der Mobilisierung der Frauen. Die heute herrschende Klasse hat mit voller Absicht die politische Schulung der Frau verhindert, ja ihr immer eingeredet, **die Frau habe mit der Politik gar nichts zu tun**. Was ist die Folge davon?

Sie weiß nicht, warum der **Unternehmer** ihr oder ihrem Mann den Lohn kürzt und die **Arbeitszeit** verlängert, sie weiß nicht, was man dagegen tun kann, und wenn sie doch vor lauter **Verzweiflung** einmal mitmacht und auch streikt, weiß sie nicht, warum das nun verboten sein soll. Sie weiß nicht, daß die **Bourgeoisie** zu immer schärferen Mitteln greifen muß, daß sie ihre **bewaffnete Macht** einsetzen wird gegen die **Streikenden**, daß sie **Männer** und **Frauen** niederschießen wird oder mit ihnen die **Zuchthäuser** füllt. Sie weiß dann auch nicht, warum sie in diesem **Kampf**



„Aufruhr“ von Käthe Kollwitz

mit aushalten muß. **Politischer Gefangener sein, ist keine Schande, sondern eine proletarische Ehre!** Das vor allem wissen Hunderttausende von Frauen nicht. Und das gerade erschwert der **Roten Hilfe** so ungeheuer die Arbeit.

Sie begrüßt es darum, wenn die Frauen aufgeklärt werden über ihre **Klassenlage**. Es ist eine der **Hauptaufgaben** der **Roten Hilfe**, die proletarischen Frauenmassen für die **Zwecke** und die **Arbeit** der **Roten Hilfe** zu gewinnen, und sie wird sich in ihrer großen **Werbekampagne** zum 18. März die **Vorarbeiten**, die die **Kommunistische Partei** geleistet hat, zu nutze machen, um **schneller** und **sicherer** zu ihrem Ziel zu gelangen: Diese Frauen zu mobilisieren zum **Kampf gegen den weißen Terror** in China, Bulgarien, Rumänien, zum **Kampf gegen die Klassenjustiz**, für die **Amnestie aller proletarischen politischen Gefangenen** und zur **aktiven Mitarbeit am Werk der Roten Hilfe**.

25 Jahre Zuchthaus im Stefanow-Prozeß

Der Prozeß gegen Boris Stefanow und Genossen hat mit einem unglaublichen Terrorurteil geendet. Stefanow ist zu 8 Jahren Zuchthaus, der Angeklagte Zuckermann zu 7 Jahren Zuchthaus und Lisa Dijour, der es gelungen war, der rumänischen Folterkammer zu entfliehen, zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Daß der Prozeß mit einem solchen Terrorurteil abschließen würde, überrascht nicht.



Cornene, der neuernannte rumänische Gesandte der Siguranza-Mörder ist in Berlin eingetroffen

überrascht nicht. Trotzdem die Gerichtsakten nichts aufwiesen, was den Angeklagten eine strafbare Handlung vorwerfen konnte, trotzdem die Verhandlung ergab, daß die „Beweise“ aus erpreßten Geständnissen bestanden, mußten die Angeklagten, zum mindesten die Hauptangeklagten verurteilt werden: — so wollte es die rumänische Regierung.

Irgend welche Delikte konnte man ihnen nicht nachweisen. Punkt für Punkt der Anklage konnte widerlegt werden. Nirgends der Beweis für irgend welche Taten, nur das offene Bekenntnis der

Angeklagten, daß sie Kommunisten seien und die kommunistischen Ideen anerkennen.

Der Prozeß, der fast 14 Tage dauerte, hat nur eines bewiesen, nämlich, daß die Angeklagten lediglich ihrer kommunistischen Gesinnung wegen, zu der sie sich mutig bekannt hatten, verurteilt werden mußten. Vor Beginn des Prozesses bereits hatte der General Popescu den Richtern, die die Angeklagten abzuurteilen hatten, eine Rede gehalten, in der er ausgeführt hatte, daß die Kriegsgerichte zu milde Urteile fällten, daß es nötig sei, zu verurteilen. „Wenn Anklage erhoben ist, so bedeutet das auch Schuldigsprechung.“ So lauteten die Anweisungen, die von Regierungsseite den Richtern gegeben waren.

Das Terrorurteil ist ergangen, um Boris Stefanoff, den mutigen Kämpfer für seine Ideen, unschädlich zu machen. Er, dessen robuste Gesundheit selbst die 2 Jahre Untersuchungshaft und die Foltern der Siguranza nur mit Mühe ertragen hat, der ganz geschwächt von den ausgestandenen Qualen ist, soll noch 8 Jahre hinter Zuchthausmauern lebendig begraben sein, damit seine Stimme die rumänischen Arbeiter und Bauern, die unter der Herrschaft der Bojaren stöhnen, nicht erreichen kann. Er und Zuckermann sollen das Schicksal Bujors erleiden; der seit 8 Jahren hinter den Mauern des rumänischen Gefängnisses sitzt und langsam dem Tode entgegengeht. —

Die Arbeiterschaft und alle Fortgeschrittenen dürfen die Vollstreckung dieses Terrorurteils nicht zulassen. Sie müssen durch ihren Protest der rumänischen Regierung zeigen, daß sie wach sind, daß sie kämpfen werden, bis auch die jetzigen Terrorurteile aufgehoben sind.

Konnte auch die Regierung verhindern, daß ausländische Gäste an dem Termin teilnahmen, so kann sie nicht hindern, daß die gesamte Arbeiterschaft und alle Fortgeschrittenen der Welt ihre Aufmerksamkeit diesem Schandprozeß zuwandten und ihre Empörung über solche Terrorurteile ihr in die Ohren schreien.

Eng verbunden mit der Arbeit und dem Werk der proletarischen Solidaritäts-Organisation!

Am 1. März 1928 kehren die Genossen August Lobin, Fritz Neubauer, Heinrich Bethke, Josef Moser, Hermann Heinrich und Bruno Steinbacher nach langjähriger Zuchthaushaftverbüßung in die Freiheit der Hindenburg-Republik zurück. Sämtliche Genossen waren zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Durch staatsministeriellen Erlaß vom 25. Januar 1928 sind ihre 10jährigen Zuchthausstrafen auf 6 Jahre ermäßigt worden. Die Reststrafen, die die Genossen noch zu verbüßen haben, werden am 1. März d. J. unterbrochen, d. h. sie werden mit 4jähriger Bewährungsfrist für die Reststrafe entlassen.

In einem Schreiben des Genossen Steinbacher vom 4. Februar 1928, in dem er seine und seiner Genossen Freilassung zum 1. März d. J. mitteilt, schreibt er noch folgendes:

„Hiermit spreche ich der Roten Hilfe und ihren Helfern meinen aufrichtigsten Dank aus. Unermüdlich ward Ihr bestrebt, unsere Lage und die Lage unserer Angehörigen so weit es möglich ist, zu bessern. Auch für unsere Freilassung habt Ihr alle Eure Kraft eingesetzt. Wir wollen von nun an in Euren Reihen mitmarschieren und für die Freiheit aller proletarisch-politischen Gefangenen unsere ganze Kraft einsetzen.“

Wir wissen, daß dieses Schreiben nicht nur ein Lippenbekenntnis darstellt. Die am 1. März zur Entlassung kommenden sechs Genossen werden sich, davon sind wir überzeugt, wieder in die Rote Front einreihen, genau so, wie es eine Reihe anderer ostpreußischer Genossen getan hat. Dafür folgender Beweis. Der Zentralvorstand der Roten Hilfe Deutschlands erhielt am 13. Januar folgendes Schreiben:

Liebe Genossen! Insterburg, den 12. 1. 1928.

Zum Zeichen, daß wir noch am Leben sind, senden wir Euch diese Zeilen. Wir versprechen Euch, gemeinsam im neuen Jahre am Aufbau des großen Solidaritätswerkes, soweit es in unseren Kräften steht, mitzuarbeiten. Trotz Kerker und Joch!

Genossen, Ihr werdet Euch entsinnen können, daß wir acht Genossen am 23. April 1927 aus dem Insterburger Zuchthaus mit Bewährungsfrist entlassen wurden. Wir arbeiten seitdem für die Rote Hilfe. In derselben Sache, in der wir bestraft wurden, sitzen noch acht*) unserer besten Genossen, zu 10 und 12 Jahren verurteilt. Wir hoffen jedoch, daß es gelingen wird, auch diese Genossen mit Hilfe aller Werktätigen, insbesondere durch die Bemühungen unseres alten Genossen Gustav Menzel, in allernächster Zeit in der sogenannten Freiheit zu begrüßen.

*) 6 Genossen, die obengenannten, kommen nun am 1. März zur Entlassung.



10 ostpreußische Genossen, die am 23. 4. 1927 nach Verbüßung von 3 Jahren Zuchthausstrafe für ihre zweijährige Reststrafe mit Bewährungsfrist bis 1931 entlassen wurden und seitdem wieder aktiv in der roten Front mitarbeiten: 1. Hans Nauruschat, Insterburg; 2. Friedrich Hecht, Insterburg; 3. Julius Strauß, Königsberg; 4. Albert Leukeit, Tilsit; 5. Fritz Baumann, Königsberg; 6. Otto Zimmerink, Insterburg; 7. Gustav Blaffert, Insterburg; 8. Otto Luschuss, Insterburg; 9. Willy Graf, Insterburg; 10. Franz König, Insterburg

Wir wurden am 28. März 1924 zu 5 Jahren Zuchthaus wegen Körperverletzung verurteilt. Am 23. April 1927 wurden wir mit Bewährungsfrist bis 1931 entlassen.

Im Auftrage aller Genossen senden wir Euch die brüderlichsten Grüße. Mit Rote Hilfe Gruß

Otto Zimmerink, Insterburg, Ulanenstraße 4."

Besser als viele Worte zeigen diese Briefe die enge Verbundenheit der proletarischen Kämpfer inner- und außerhalb der Zwingburgen der deutschen Hindenburg-Republik, Die eingekerkerten Klassengenossen, kaum entlassen, kehren zu aktiver Mitarbeit, zur Weiterführung des Kampfes um die Freilassung der noch eingekerkerten Kameraden in die Kampffreiheit der Roten Helfer zurück.

Von der Patenschafts-Arbeit der Roten Hilfe Schweiz!

Nachdem die RH. Schweiz 1926/27 eine Winterhilfe und Patenschaftsarbeit für das Zentralgefängnis Cottbus und das Zuchthaus Wronki (Polen), das heißt für die politischen Gefangenen in diesen Anstalten und deren Frauen und Kinder, durchgeführt hatte, erweiterte sie diesen Winter ihre Arbeit auf die Gefängnisse und Zuchthäuser in Bayern, das Zuchthaus in Bruchsal und das Militärgefängnis in Clairvaux (Frankreich). Die Arbeit ist natürlich noch nicht abgeschlossen und kann deshalb nur teilweise darüber berichtet werden.

30 politische Gefangene, 24 Frauen und 28 Kinder gehörten zur Patenschaft. Ihnen allen wollten wir zeigen, daß proletarische Solidarität über die Landesgrenzen hinaus lebendig und praktisch tätig ist. Vorerst teilten wir den eingekerkerten Kameraden in Straubing, Landsberg, Bruchsal, Cottbus und Clairvaux mit, daß wir die Patenschaft über sie übernommen hätten, gaben ihnen Kenntnis von unserm Willen ihnen zu Weihnachten eine Freude zu machen und berichteten kurz über den Stand der RH.-Bewegung in der Schweiz. Dann ging

ein ähnliches Schreiben an die Frauen und Kinder. Und jetzt setzte ein lebhafter Briefwechsel ein zwischen uns und den Frauen und einem Teil der Gefangenen. Zu den Feiertagen ging ein Vertreter von uns nach München, um dort mit der RH. und mit einigen Angehörigen selbst Fühlung zu nehmen. Dort wurden auch die Sachen eingekauft, um die Patenschaftspakete zu machen, die meist das enthielten, was sich unsere Patenkinder gewünscht hatten. Als wir in München waren, erweiterten wir unsere Aktion noch dahin, daß noch den entlassenen Räterepublikanern ein kleiner Solidaritätsgruß von der RH. Schweiz übermittelt wurde. Die eben entlassenen Kameraden Huber und Lindner konnten auch am ersten Tage ihrer „Freiheit“ praktisch erleben, daß nicht nur die RHD. ein wichtiges und immer hilfsbereites Werk ist, sondern daß dieses Werk über die kapitalistischen Grenzpfähle hinweg den Opfern der bürgerlichen Klassenjustiz Hilfe bringt. Weiter wurde von der RH. Schweiz in Füssen, im bayrischen Allgäu, noch eine kleine Soli-

daritätsfeier veranstaltet, an der außer den Frauen und Kindern der im Zuchthaus Straubing sitzenden Genossen, viele Arbeiter vom Orte teilnahmen und so zwischen der RH. Schweiz und ihren „Patenkindern“ direkte Beziehungen aufgenommen wurden. Ins Zuchthaus Bruchsal konnten wir leider nichts hineinbringen; die Behörden hinderten uns hier an der Ausübung unserer Solidaritätspflicht. Mit Clairvaux stehen wir immer noch in Verbindung, ebenfalls mit Cottbus, und ergibt sich praktisch, daß die Patenschaftsarbeit mit der Winterhilfe noch nicht abgeschlossen ist, sondern in Briefwechsel, Gedankenaustausch und Erfüllung von Wünschen noch weiter geht. — Die Briefe, die wir aus den Gefängnissen der deutschen bürgerlichen Republik erhalten und auch von den Frauen zeigen uns, daß diese Patenschaftsarbeit nicht stehen geblieben ist bei der Erfüllung von dringlichen materiellen Notwendigkeiten, sondern darüber hinaus ideell den Gedanken der Roten Hilfe stärkt und festigt.

Willly.

Internationale Rote Hilfe Schweiz!

Jahres-Rechnung für 1927.

Einnahmen:		Ausgaben:	
Saldo vortrag am 1. Jan. 27 Fr.	7148,35	Hilfe u. Unterstützung:	
Beiträge: Einzelmitglieder ..	11983,45	Für internationale Zwecke Fr.	7643,55
Organisationen ..	5422,05	Emigranten ..	8977,85
Freiwillige ..	1137,45	Rechtsschutz ..	762,50
Sammlungen: Winterhilfe ..	4930,85	Wiener-Opfer (Juli 1927) ..	1725,35
Wienerhilfe ..	3393,95	Winterhilfe-Patenschaft ..	3967,80
Veranstaltungen ..	1596,—	Genferhilfe August 1927 ..	200,—
Materialverkauf ..	5322,51	Aktionen: (Sacco u. Vanzetti, Polen, Italien usw.) ..	1334,30
Diverse Einnahmen ..	92,60	Agitation u. Propaganda:	
		(Delegationen, Werbe usw.) ..	1949,35
	Fr. 41881,20		
		Veranstaltungen: (Ausstellung, Feiern usw.) ..	1395,25
		Materialien: (Broschüren, Zeitungen, Karten usw.) ..	5482,80
		Verwaltungskosten ..	1858,83
		Diverse Ausgaben (Mitgliedsbücher, Kongr. usw.) ..	1342,—
		Saldo vortrag am 31. Dez. 27 ..	5241,62
			Fr. 41881,20

Da die RH. Kasse zentralisiert ist, sind unter den Ausgaben (Verwaltungskosten, Agit.-Prop. usw.) auch diejenigen der Regionalkomitee Tessin, Romande und Basel, sowie aller Sektionen mitbegriffen. Gegenüber dem Jahre 1926 haben sich die Einnahmen um rund 9000 Fr. vermehrt, wovon allein die Einzelmitgliedsbeiträge um 3000 Fr. Im Vergleich zum ersten Tätigkeitsjahr der IRH. Schweiz sind die Einnahmen sogar um 20 000 Fr. gestiegen. —

Die Zahlen zeigen die schöne Entwicklung der RH. Schweiz, zeigen aber auch die gewaltigen Aufgaben, die dieser Hilfs- und Solidaritätsorganisation gestellt sind und verlangen gebieterisch, daß in der Agitations-, Propaganda- und Sammel-tätigkeit nicht nachgelassen werden darf. Weißer Terror, Faschismus und bürgerliche Klassenjustiz fordern täglich ihre Opfer. Die Opfer brauchen Hilfe! Diese wird und kann nur von der Roten Hilfe gebracht werden!

Auf zum Kampf für die Verteidigung der „Hromada“!

Das „zwischenparteiliche Komitee für Amnestie der politischen Gefangenen in Polen“ hat einen Aufruf erlassen gegen den Prozeß gegen die weißrussische „Hromada“. In diesem Aufruf heißt es:

„Im März beginnt in Wilna der größte Prozeß der polnischen Klassenjustiz. Es erscheinen vor dem Gericht 500 weißrussische Arbeiter, Bauern und Intellektuelle, die beschuldigt werden, der weißrussischen Bauernpartei, der „Hromada“ angehört zu haben . . .

Die Hromada stand auf dem Standpunkt der nationalen Befreiung der Weißrussen in Polen, nicht nur ihrer sozialen Befreiung, sondern auch der Sicherung ihrer Volksrechte, ihrer Volkssprache und ihrer Schulen. Die Hromada war keineswegs nationalistisch, sie fühlte sich immer solidarisch mit den polnischen Arbeitern und Bauern, sie kämpfte nur gegen die sie unterdrückende polnische Bourgeoisie.

Die Hromada hatte während ihrer zwei-jährigen, absolut legalen Tätigkeit eine große Popularität gewonnen. 2000 Dorfkreise mit über 100 000 Mitgliedern gehörten ihr an.

In der Nacht zum 14. Januar 1927 wurden die Abgeordneten der Hromada verhaftet, mit ihnen 800 Mitglieder, darunter die hervorragenden Leiter der Organisation und der weißrussischen Intelligenz, der weißrussischen Lehrerschaft und die kulturell tätigen Führer. Haussuchungen

und Verhaftungen fanden statt auch in der weißrussischen kooperativen Bank und in der Gesellschaft für weißrussische Schulen.

Man verbreitete das Gerücht von einer Spionagetätigkeit der Hromada, um die Organisation vor den werktätigen Massen Polens zu infamieren.

Das werden bei der Verhandlung die 1000 Agenten der Defensive wiederholen, die als Zeugen auftreten sollen. Ebenso wie einst die zaristische Regierung, hetzt jetzt die polnische Bourgeoisie eine Nationalität gegen die andere. Aber die arbeitenden Massen Polens begreifen, daß sie nur im gemeinsamen Kampf die soziale Befreiung erlangen können. Sie begreifen, daß die Justizverhandlung gegen die 5 Abgeordneten der Hromada, die am Vorabend der polnischen Wahlen stattfindet, die Fortsetzung des Angriffs auf das Wahlrecht der arbeitenden Massen ist . . .

Und nun am Vorabend der Verhandlungen gegen die 500 Leiter der Hromada, die sich vor dem polnischen Gericht auf Grund des in der Sowjet-Union durch die Revolution abgeschafften zaristischen Gesetzes verantworten sollen, das aber in Polen noch in Kraft ist, erheben wir, die **Vertreter der revolutionären Organisationen Polens**, vor der ganzen Welt unseren Protest gegen diesen verabscheuungswürdigen Prozeß. Mitsamt der weißrussischen arbeitenden Bevölkerung bestätigen wir, daß die polnische Regierung, wenn

sie die 500 Mitglieder der Hromada anklagt, zugleich das ganze weißrussische Volk in Polen anklagt, das nichts weiter getan hat, als das Recht eines jeden Volkes zu erkämpfen, das Recht der nationalen Selbstbestimmung und Land und Boden für die ackerlosen Bauern.

Im Namen der polnischen Parteien, die im zwischenparteilichen Komitee für die Amnestie für die politischen Gefangenen organisiert sind, rufen wir die arbeitenden Massen jeder Nationalität auf, mit uns zu protestieren.

Wir fordern die Annullierung des Prozesses gegen die Hromada.

Die Freilassung der Abgeordneten und anderen Angeklagten in diesem Prozeß!

Die Freilassung aller politischen Gefangenen!

Es lebe die internationale Solidarität des Proletariats!

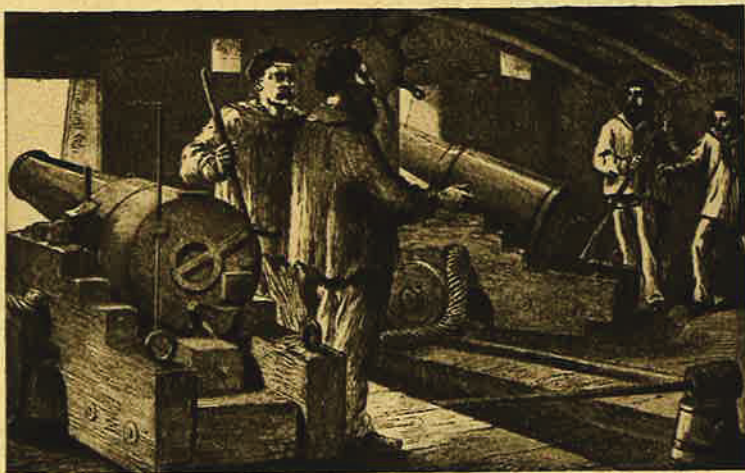
Der Abgeordnetenklub der Unabhängigen Bauernpartei. — Die kommunistische Abgeordneten-Fraktion. — Die Ukrainische sozialistische Bauern- und Arbeiter-Vereinigung „Sel-Rob“. — Die Polnische sozialistische Partei, linker Flügel. — Die Unabhängige sozialistische Arbeiter-Partei. — die Jüdische Arbeiterpartei „Poale Zion“, linker Flügel. — Der polnische Freidenker-Verein.“



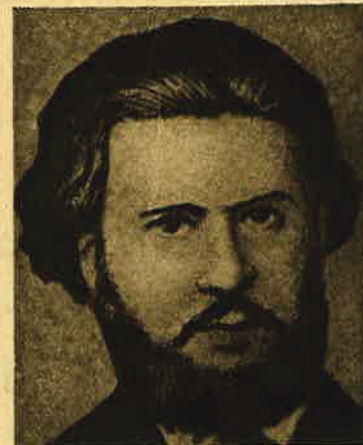
Auf dem Schloß-
platz in Berlin
März 1848



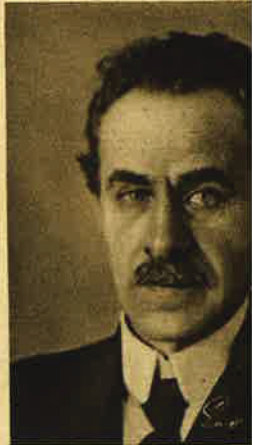
Silo V des Leuna-Werkes, in dem im März 192



Kommune-Kämpfer 1871 verteidigen das Fort von Rouen
gegen die Versailler.



Eugen Varlin
wurde in den Straßen von Paris
1871 hingenommet.



wurde am 10. März 1919
leutnant Tamschik „au
erschossen



Barrikadenbau März 1848 in Berlin



Propagandaauto der K



21 1500 Gefangene eingesperrt waren.



9 von dem Ober-
auf der Flucht"
en.



Ferdinand Freiligrath, der Sän-
ger der Revolution, starb am
18. 3. 1876

Kapp-Putschisten
auf dem Potsdamer
Platz Berlin
März 1920



So dachten sich die Kappisten
die Ordnung.



Gefängnis, Gefängnishof in Halle. Daneben der
Gefängnisfriedhof.



Kapp-Rebellen 1920.



Rote Artillerie im Kampf.
(Rhurgebiet) Kapp-Putsch 1920

Niedner ist gegangen, aber die Niednerei geblieben.

Als Nachfolger des aus dem Amte vorzeitig wegen Nervenzusammenbruchs geschiedenen Senatspräsidenten Alexander Niedner wurde auf Vorschlag des Reichsrates durch den Reichspräsidenten der Reichsgerichtsrat Karl Lorenz ernannt.

Noch am 25. Januar 1928 hatte die sozialdemokratische „Volksstimme“ in Frankfurt a. M. in einer kurzen Notiz unter der Überschrift „Wer wird Niedners Nachfolger“ folgendes geschrieben:

„Voraussichtlich wird aber die Entscheidung bis auf weiteres verlagt, da die Kadidatur Lorenz auch im Reichsrat umstritten ist. Sicher scheint schon heute, daß sich unter Lorenz an den unter Niedner entstandenen Umständen nichts ändern wird.“

In der Vollsitzung des Reichsrates vom 2. Februar 1928 wurde auf Vorschlag des „Ausschusses für Rechtspflege“ ohne Aussprache und ohne Einspruch Lorenz zum Senatspräsidenten am Reichsgericht gewählt. Kein Regierungsvertreter, weder der Preußens, noch Braunschweigs, noch Hessens, noch Hamburgs, erhob Einspruch. An allen diesen Regierungen sind Sozialdemokraten führend beteiligt oder gar wie in Braunschweig, allein bestimmend. Dennoch erhoben sie keinen Einspruch zur Wahl Lorenz, von dem die Frankfurter „Volksstimme“ schrieb, „daß sich unter Lorenz an den unter Niedner entstandenen Umständen nichts ändern wird“.

— Die erste Amtshandlung des neu ernannten Senatspräsidenten

Lorenz beweist, daß sich nichts ändern wird, daß auch der neue Senatspräsident Lorenz in den auch von ihm ausgetretenen Bahnen seines würdigen Vorgängers Niedner wandeln wird.

Unter dem Vorsitz dieses Senatspräsidenten Lorenz wurde der Bauarbeiter Adolf Franz aus Wüstegiersdorf in Schlesien wegen Verteilung von zwei Exemplaren der Zuschrift „Reichswehrosoldat“, was als Vorbereitung zum Hochverrat und Vergehen gegen das Rep.-Sch.-Gesetz gewertet wird, zu 1 Jahr 3 Monaten Festung verurteilt.

Vor diesem Senat beginnt am 15. März das

Hochverratsverfahren gegen den revolutionären Dichter Johannes R. Becher. Die Protestbewegung gegen die literarischen Hochverratsprozesse, in denen — man könnte fast sagen, Woche für Woche — die unerhörtesten Urteile gefällt werden, muß noch stärker anwachsen. Allerorts müssen die Roten Helfer in der vordersten Reihe des Kampfes gegen diese Spruchpraxis des Reichsgerichts im literarischen Hochverratsverfahren stehen. In all diesen Kundgebungen muß Wert darauf gelegt werden, daß die vom Mopr-Verlag herausgegebene Broschüre „Der literarische Hochverratsprozeß von Johannes R. Becher“ vertrieben wird. In Berlin ist es gelungen, an einem einzigen Abend 500 Exemplare dieser Broschüre umzusetzen! Organisiert überall Protestkundgebungen, vertreibt überall die Mopr-Broschüre!



Der neuernannte Senatspräsident Karl Lorenz, der die Niednerei fortsetzt.



Vergesst nicht den Geburtstag der politischen Gefangenen!



Unsere Veröffentlichungen der Geburtstage der proletarisch-politischen Gefangenen haben ihre Wirkungen nicht verfehlt. Wieder sind uns eine Reihe Schreiben zugegangen, die die Freude unserer eingekerkerten Genossen zeigen. In den Briefen, auch in den hier nicht veröffentlichten, beauftragen uns die Genossen, den Roten Helfern ihren Dank für die zahlreichen Glückwünsche und Kartengrüße auszusprechen.



Brethaupt

Und hier sind die Briefe: Genosse Stegmayer schreibt aus der Strafanstalt Ludwigsburg:

„Vielen herzlichen Dank all den Genossen für die Wünsche zu meinem Geburtstage. Immer noch treffen Briefe und Karten aus Nah und Fern, Berlin, Solingen, Königsberg, Stuttgart usw. ein. An all die vielen Genossen zu schreiben, ist mir nicht möglich und bitte ich Euch, allen meinen herzlichen proletarischen Dank auszusprechen.“

Genosse Bruno Steinbacher, Strafanstalt Insterburg, schreibt:

„Groß war meine Freude, als ich am Morgen meines Geburtstages zahlreiche Briefe und Karten und Paketchen aus dem Riesengebirge erhielt. Treue Proletarierherzen brachten mir Glückwünsche dar und wünschten mir baldige Freiheit. Für die mir so zahlreich gesandten Gratulationen, für das Paketchen, für die tatkräftige Unterstützung, die mir und meinen Angehörigen bisher zuteil wurde, sage ich allen Roten Helfern meinen innigsten Dank. Das

ist wahre Solidarität und wird mir Zeit meines Lebens in Erinnerung bleiben. Denn noch nie in meinem Leben habe ich an meinem Namenstage soviel Freude gehabt, als an diesem meinem 30. Geburtstag. Da ich nur einen Brief im Monat schreiben darf, bin ich nicht in der Lage, allen Genossen einzeln meinen Dank auszusprechen. Die letzten, denen ich schreiben würde, müßten mehrere Jahre warten.“



Franz Huber

- 16. 3. 89: Gustav Bruhn, z. Z. Festung Gollnow i. Pom.
- 16. 3. 79: Otto Breithaupt, Strafanst. Cottbus (z. Z. beurlaubt.)
- 18. 3. 03: Willi Herpoldt, z. Z. Zuchthaus Sonnenburg
- 18. 3. 92: Christian Heuck, z. Z. Zuchthaus Wohlau.
- 20. 3. 03: Karl Rothärmel, z. Z. Zuchth. Straubing.
- 20. 3. 95: Friedrich Hensel, z. Z. Amtsgerichtsgef. Auerbach i. Vogtl.
- 20. 3. 02: Walter Schwindt, z. Z. Arbeitsgefängnis Kowno (Litauen).
- 23. 3. 93: Josef Marschall, z. Z. Zuchthaus Hohenasperg.
- 27. 3. 90: Max Büche, z. Z. Zuchthaus Bruchsal.
- 27. 3. 91: Josef Schlaffer, z. Z. Strafanstalt Landsberg a. L.
- 28. 3. 09: Otto Holzer, z. Z. Unters.-Gef. München-Neudeck.

- 29. 3. 92: Valentin Gabel, z. Z. Untersuchungs-Gef. Kassel.
- 29. 3. 99: Fritz Neumann, z. Z. Zuchthaus Insterburg.
- 30. 3. 00: Herm. Oswald Fritsche, z. Z. Strafanstalt Leipzig II.
- 30. 3. 99: Heinrich Bausch, z. Z. Zuchthaus Cassel-Wehlheiden.
- 31. 3. 97: Richard Zimmermann, z. Z. Zuchthaus Münster i. Westf.



Josef Marschall

- 1. 4. 94: Rudolf Klemm, z. Z. Zuchthaus Lüttringhausen.
 - 3. 4. 89: Richard Hoffmann, z. Z. Strafanstalt-Werl.
 - 4. 4. 05: Robert Kuder, z. Z. Strafanstalt Prenzlau
 - 11. 4. 02: Chaskel Berger, z. Z. Arb.-Kom. Königsmoor, Post Holtland Bez. Aurich.
 - 11. 4. 03: Franz Cavier, z. Z. Festung Vechna i. Oldenbg.
 - 14. 4. Wilhelm Orth, z. Z. Strafanstalt Bützow i. Mecklbg.
 - 13. 4. 96: Franz Huber, z. Z. Zuchthaus Bruchsal.
- Genossen, zeigt unsern eingekerkerten Genossen, daß sie nicht vergessen sind; zeigt, daß proletarische Klassen-solidarität auch nicht durch Kerkermauern gehemmt wird. Schreibt diesen Genossen! Sendet ihnen Karten mit den Ansichten der Kinderheime der Roten Hilfe, die zeigen, daß die RH. getreulich die Vaterstelle zu erfüllen sucht bei den Kindern unserer besten Genossen. Schickt den Genossen zum Geburtstag Karten von den Kinderhelmen!

Leistungen seit Gründung der Roten Hilfe-Organisation (1. 10. 24) bis 31. Dezemaer 1927.

Für Familien- und Gefangenen-Unterstützung	Mk. 1507783,82
Entlassungsgeld	36361,95
Notstands-Unterstützung	170946,12
Kinderheime	264285,81
Rechtsschutz	920692,72
Gesamt	Mk. 2880070,42

PREISAUSSCHREIBEN



Täglich gehen Lösungen für das Preis-Ausschreiben des „Roten Helfers“ ein. Wer sind diese proletarisch-politischen Gefangenen? Das ist die Frage, die all-orts in diesen Tagen die Roten Helfer und die Leser des „Roten Helfers“ bewegt. Wie wir erfahren, haben sich eine Reihe Genossen zusammengesetzt, um gemeinsam die richtigen Lösungen herauszufinden. Es ist aber gar nicht so schwierig, unser Preis-Ausschreiben zu lösen. Den Kopf braucht man sich nicht zu zerbrechen, sondern nur alte Nummern des „Roten Helfers“ zu Rate ziehen und bald wird man die richtigen Lösungen für unser Preis-Ausschreiben gefunden haben.

Aber es eilt! Denn bis zum 10. März, mittags 10 Uhr, müssen die Lösungen beim Verlag J. Schörr, Berlin SW, Dorotheenstraße 77-78, mit dem Kennwort „Preis-Ausschreiben“ auf dem Umschlag, eintreffen. Später eintreffende Lösungen müssen unberücksichtigt bleiben.

Daher in den nächsten Tagen frisch ans Werk! Die richtigen Lösungen werden in der Aprilnummer des „Roten Helfers“ veröffentlicht, ebenfalls auch die Preisverteilung.

Heraus mit den proletarisch-politischen Gefangenen!

Bei den jüngsten Beratungen sowohl im Reichstag als auch im Preussischen Landtag bei der Behandlung der Justizetats spielten die Prozesse gegen revolutionäre Arbeiter wegen ihrer politischen Gesinnung eine große Rolle. Bei den Beratungen des preussischen Landtages wurde besonders auf die von der RHD. herausgegebene „Namentliche Liste der nicht amnestierten politischen Gefangenen“ hingewiesen. Bürgerliche und sozialdemokratische Abgeordnete unternahmen den Versuch, einen Teil der in dieser Liste namhaft gemachten politischen Gefangenen zu kriminellen Verbrechen zu stempeln.

Der Reichsjustizminister des vor der Frühlingssonne wie Butter dahinschmelzenden Bürgerblocks sprach im Reichstag davon, daß es eigentlich „keine Vertrauenskrise der Justiz von oben“ gäbe, sondern eine Vertrauenskrise der Justiz von unten. Damit meinte Herr Herz die politische Tagespresse, die die politischen Prozesse von der Einleitung des Verfahrens und nach dem Urteil mit ihrer scharfen Kritik begleitet. Herr Herz hat recht. Es gibt keine Vertrauenskrise. Denn eine Krise ist ein Zustand, der nur von kurzer Dauer zu sein pflegt. Das, was wir in dieser deutschen Republik und ihrer Justiz erleben, ist keine Krise, denn kein Werktätiger hat Vertrauen zu dieser Klassenjustiz. Nicht von einer Vertrauenskrise darf deshalb gesprochen werden, sondern von einer Justizschmach, deren Opfer die aufrechten revolutionären Kämpfer sind. Sie müssen heraus!

Der Kampf um die Freilassung der proletarisch-politischen Gefangenen muß deshalb in diesen Wochen mit verstärkter Kraft weitergeführt werden.

Durch Beschluß des reussischen Staatsministeriums sind die wegen Ermordung des Kaufmanns Wilms rechtskräftig erkannten Todesstrafen für die Fememörder Fuhrmann, Klapproth und Schulz in lebenslängliches Zuchthaus und für den Verurteilten Umhofer in eine Zuchthausstrafe von 15 Jahren umgewandelt worden.

Wie von Anfang an ja bereits feststand, war niemals daran zu denken gewesen, daß die ausgesprochenen Todesurteile gegen die Fememörder auch vollstreckt werden

würden. Den Bemühungen der Fememörder, ihrer Gesinnungsgenossen und der vaterländischen Verbände ist es gelungen, in der Öffentlichkeit eine Stimmung zu erzeugen, als ob die Urteile gegen die Fememörder Terrorurteile schlimmster Art gewesen seien.

Tatsache ist aber, daß es sich bei den Fememördern um gemeinverbrechen handelt, um die bestialische Ermordung von Mitgliedern der schwarzen Reichswehr, die im Verdacht standen, Verrat geübt zu haben. In welcher Weise solche Verdachtsmomente zusammengetragen wurden, das ist erst jüngst wieder durch die Feststellungen in der pommerischen Fememordangelegenheit der Öffentlichkeit bekannt geworden.

Daß die jetzt erfolgte Begnadigung der Fememörder nur erst eine teilweise ist, daß weitere Gnadenerweisungen in späterer, vielleicht nicht allzu ferner Zeit noch folgen werden, gibt selbst die „Vossische Zeitung“ zu, indem sie schreibt: „Der späteren Gnade, genau nach den Grundsätzen der bewährten Begnadigungspraxis der Republik Preußen, bleibt der Weg offen.“ Das heißt also, die Amnestie der Fememörder geschieht in homöopathischen Dosen, auf Teilstrecke, damit die Freilassung dieser Mordhandliten nicht allzu große Empörung auslöst.

In diesem Zusammenhang muß daran erinnert werden, daß selbst dieses System der Freilassung völkischer Mordhandliten nicht neu ist. Auch der Eisner-Mörder Grai Arco-Valley wurde in Teilstrecken amnestiert und freut sich seit Jahren seiner Freiheit.

Anders aber steht es mit den proletarisch politischen Gefangenen, um Rudolf Margles, der im Tschecha-Prozeß und im Bochumer Aufrühr-Prozeß bewiesen hat, daß er ein aufrechter revolutionärer Kämpfer ist. Er erhielt in keiner Form irgendwie Strafnachlaß. Er ist ja auch kein Fememörder, der viehisch gemordet hat, sondern Rudolf Margles hat in Notwehr einen Polizisten niedergeschossen. Dafür soll er 15 Jahre im Zuchthaus sitzen!

Gerade diese Gegenüberstellung der „bewährten Begnadigungspraxis“ und ihrer Grundsätze, auf die sich die preussische Koalitionsregierung soviel zu Gute tut, zeigt, daß auch die Amnestie gegenüber den Fememördern und proletarisch politischen Gefangenen ganz anders gehandhabt wird.

Max Hoelz, dessen Wiederaufnahmeantrag vor einigen Tagen seine Verteidiger eingereicht haben, sitzt immer noch. Trotzdem zwingende Beweise für seine Unschuld gegeben sind, haben noch niemals die bewährten Grundsätze in der Begnadigungspraxis den Justizminister veranlaßt, das lebenslängliche Zuchthausurteil gegen den Genossen Max Hoelz auch nur zeitlich zu begrenzen.

Für die spätere Begnadigungspraxis der Fememörder bleibt, wie die „Vossische Zeitung“ schreibt, der Weg offen. Was geschieht mit den anderen proletarisch-politischen Gefangenen?

Heraus mit allen proletarisch-politischen Gefangenen!

Heraus mit allen proletarisch politischen Gefangenen! Das muß der Antworttrutz der werktätigen Massen auf die Begnadigung der Fememörder sein.



Genossin Traute Hoelz spricht in der Parallel-Versammlung auf dem Hof der Pharus-Säule in der Müllerstraße in Berlin

Praktische internationale Solidarität der R. H. D.

Die Weihnachtssammlungen der RHD. wurden im Jahre 1927 besonders unter der Parole geleistet: Hilfe den eingekerkerten Klassengenossen und ihren Angehörigen in den Terrorländern! Die Roten Helfer der deutschen Organisation haben diesen Ruf verstanden und durch eifrige Sammlungen es ermöglicht, daß insgesamt an die Gefangenen der Patenschaftsländer und ihre Angehörigen 35 große Kisten und 16 Pakete mit Kleidung und Gebrauchsgegenständen abgeschickt werden konnten. Jetzt traf bei der R.H. Wasserkante in Hamburg folgendes Schreiben ein:

An die Patenschaft in Hamburg!

Liebe Genossen!

Wir senden Euch herzlichen Dank für die Sachen, die Ihr für uns und unsere Familien geschickt habt. Wir wissen nicht, ob Ihr es selbst versteht, wie wichtig und wertvoll Eure Hilfe für uns ist. Denn Ihr könnt es Euch vielleicht gar nicht vorstellen, wie schwer unsere Lage ist. In den Gefängnissen des faschistischen Polens befinden sich Tausende von politischen Gefangenen. Die Rote Hilfe in Polen wird auch verfolgt und kann deshalb nicht seine Gefänge-

und in den Terrorländern opfern, einen engen Briefwechsel mit den eingekerkerten Klassengenossen führen, so leisten auch die einzelnen Organisationen der sowjetrussischen Mopr ihre internationale proletarische Klassenpflicht. Wie so ein Brief in der engen Kerkerzelle wirkt, mit welchem Gefühl die in Ketten gehaltenen proletarischen politischen Gefangenen die Zeilen aufnehmen, das zeigt der Brief des Genossen Baikhardt an den Vorstand der Mopr Zelle der Apotheker der Stadt Barnaul in Sowjetrußland.

Hier ist der Brief:

Ludwigsburg, den 29. Januar 1928.

An den

Vorstand der Roten Hilfe Zelle der Apotheker der Stadt
Barnaul
Sowjet-Rußland

Liebe Genossen!

Ein unverhoffter Sonnenstrahl hat heute den Weg in meine einsame Gefängniszelle gefunden, ein Lichtstrahl von der Sonne der Freiheit, die heute nur bei Euch Genossen, in dem von der Weltbourgeoisie gehaltenen Rußland leuchtet und nie mehr untergehen wird. Lenins Werk steht unerschütterlich, das beweist die mächtige, kraftvolle Feier des 10jährigen Bestehens der Sowjet-Republik, von der uns Genosse Menzel als Mitglied der deutschen Delegation berichtet hat. Aber noch darf das russische Volk nicht auf seinen Lorbeeren ausruhen, hat es doch die große Aufgabe, mitzuarbeiten, mitzukämpfen an der Befreiung des Weltproletariats, um auch ihre eigenen Positionen auszubauen und immer mehr zu festigen, damit das Wort in Erfüllung geht:

Sowjet-Rußland, der Hort der Weltrevolution!

Genossen, Euer Brief, der von tiefem Solidaritätsgefühl durchdrungen ist, wiegt Wochen, ja Monate meines schweren Loses, als Opfer der Bourgeoisie, auf. Schwer und dornenvoll ist der Weg zur Befreiung des Proletariats. Aber alles klagen muß verstummen, wenn der Weg zum Siege führt; das beste Beispiel habt Ihr, Genossen, uns gegeben.

Noch triumphiert die herrschende Klasse bei uns, noch stöhnt und seufzt das deutsche Proletariat in auch so großer Not und Elend. Aber Genossen:

Schon dämmert in der Ferne das Morgenrot,
Verkündet uns Freiheit und Licht.

Mag Nebel auch drängen, die Sonne bedroht
Die Freiheit Bahn sich bricht!

Uns bindet die Liebe, uns bindet die Not,
Zu kämpfen für Freiheit und Brot!

Genossen, nehmt meinen herzlichsten Dank entgegen für Euren Brief. Ich verspreche Euch, tapfer und stark mein Los zu tragen, auch diese schwere Prüfung wird und muß vorübergehen.

Mit brüderlichen Grüßen Euer Genosse

Otto Baikhardt, pol. Gef.

Z. Zt. Landesstrafanstalt Ludwigsburg.

Wir veröffentlichen auf dieser Seite Bilder einer Fahne, die die Frauen der politischen Gefangenen Insterburgs an die Mopr Zelle des deutschen Regiment Atschinsk in Sibirien geschickt haben.

So werden die Fäden internationaler proletarischer Solidarität gesponnen, die zu Mauern der Solidarität erstarken, wenn die Fron kapitalistischen Strafvollzugs proletarische Hilfe notwendig macht.

Die proletarische Patenschaftsarbeit, die die Millionen-Organisation der Mopr in der Sowjet-Union, die in diesem Monat ihr 5jähriges Jubiläum feiert, leistet, ist den Roten Helfern und den Proletariern der ganzen Welt bekannt. Die Rote Hilfe Deutschlands erstarkt durch die Hilfe ausländischer Bruderorganisationen, folgt kühn und entschlossen dem Beispiel ihrer russischen Bruderorganisation.



(Vorderseite)



(Rückseite)

Fahne, die von den politischen Gefangenen Insterburgs dem deutschen Regiment der Roten Armee in Atschinsk in Sibirien gewidmet wurde.

nen unterstützen, wie es nötig ist. Es fehlt nicht nur an warmer Kleidung, sondern überhaupt an Kleidung. Wir selbst, unsere Frauen und Kinder, gehen wirklich oft in Fetzen. Das, was Ihr uns geschickt habt, ist für uns ein ungeheurer Schatz. Wie wir erfahren haben, haben auch unsere Familien von Euch Sachen bekommen und dafür sind wir Euch ganz besonders dankbar.

Liebe Genossen!

Noch mehr als die Sachen selbst, trotzdem sie uns sehr nötig waren, freut es uns, zu wissen, daß unsere Genossen im Ausland uns nicht vergessen. Das gibt uns mehr Kraft, um alle Qualen des Lebens in dem Gefängnis zu ertragen.

Liebe Genossen! Wir können Euch jetzt unsere Dankbarkeit nur auf diesem Stückchen Papier aussprechen. Wir werden Euch aber auch noch anders danken. Für jeden einzelnen von uns, der wieder in die Freiheit kommt, wird der Gedanke an die proletarische Solidarität, die Ihr bewiesen habt, eine neue Ursache sein, seine Kräfte noch mehr für den Kampf um die Befreiung der Arbeiterschaft einzusetzen. Jeder von uns wird immer daran denken daß wir im Kampf ebenso wie in der Gefangenschaft nicht verlassen sind.

Liebe Genossen! Wir freuen uns ganz besonders, daß gerade die Arbeiter von Hamburg uns zur Hilfe gekommen sind. Die Hamburger Arbeiter, die im Jahre 1923 heldenhaft gegen die Uebermacht der Bourgeoisie gekämpft haben, sind der Stolz des internationalen revolutionären Proletariats. Wir versprechen ihnen, daß auch wir trotz aller Verfolgungen und Qualen treue revolutionäre Kämpfer bleiben werden.

Es lebe die internationale revolutionäre Solidarität!

Die politischen Gefangenen von Piwiak.

Wir können keine Namen unterschreiben, denn der Brief kann auch so stecken bleiben.

So wie die deutschen Roten Helfer ihre internationale proletarische Solidaritätspflicht erfüllen, indem sie von ihren kargen Mitteln noch für die proletarisch politischen Gefangenen im Inland

Abonniert den „**ROTEN HELFER**“ bei der Post
Vierteljährl. 30 Pfg., monatl. 10 Pfg., zuzügl. Bestellgeld.

Zum Krantz-Prozeß.

„Die Sache ist zu Ende.“

Die bürgerliche Journaille hat einige Tage draußen in Moabit ihre Sensation gehabt. Alles andere war Nebensache. Was macht, daß die Metallindustriellen 800 000 Arbeiter aussperren wollen und davon 3 Millionen Menschen betroffen werden. Die Sensation in Moabit ist Trumpf. „Her mit dem neuesten Bericht von dem Schwurgerichtsprozeß, bevor noch die Konkurrenz ihren Bericht herausgebracht hat.“

Mit Wonne verstrickte und vertiefte sich darauf dann das Publikum der Boulevardpresse in die „Beweisaufnahme“; diese Beweisaufnahme das war doch nichts alltägliches. Denn hier wurden Fragen nach erotisch-sexuellen Angelegenheiten gestellt, die mit der Klärung der Schuldfrage in keinem Zusammenhang mehr standen. Nicht unberechtigt ist gewiß die Frage, aus welchen Gründen dieser Vorsitzende sich so tief in die Liebesabenteuer Hilde Schellers verstrickte; denn das ist doch klar: mit der Beweisaufnahme an sich hatte diese Fragerei nichts mehr zu tun, als der Vorsitzende Fragen stellte, um alle Stufen und Grade jugendlicher Liebesabenteuer zu analysieren. Es galt, nur die Schuldfrage zu lösen. Und unseres Erachtens nach ist zur Lösung dieser Frage weder die Kenntnis der Zahl der gewechselten Küsse noch die Art der getauschten Intimitäten zu wissen notwendig.

Das bürgerliche Gericht in Moabit hat das Urteil gefällt: Paul Krantz wurde freigesprochen! Wenn wir den verschlungenen Pfaden bürgerlicher Juristerei folgen würden, dann wäre jetzt nach dem Freispruch gar kein Schuldiger vorhanden. Paul Krantz ist unschuldig. Gegen Hilde Scheller haben selbst die Staatsanwälte, die ihr Licht über alle Gebühre in diesem Prozeß leuchten ließen, keine Anklage erhoben. Und doch ist ein Angeklagter da.

Angeklagt war in diesem Schülerprozeß jene Gesellschaftsschicht, denen die Opfer angehören: die kapitalistische Gesellschaft mit ihrer verlogenen „Sitte“ und ihrer stinkenden „Moral“. Die kapitalistische Gesellschaft, gegen die die Jugend, soweit sie revolutionär ist, Anklage erhebt.

Diese Anklage wird in tausenden Variationen von Proletarierjungen und -mädchen jeden Tag erhoben. Ausgebeutet, ausgegarnelt in ihrer Jugendkraft, dämmern sie dahin. Wollen wir die Augen verschließen vor den Problemen, vor denen auch unsere Proletarierjugend steht? Gewiß, soweit sie revolutionär denkt und fühlt, meistert sie in der proletarischen Jugendbewegung die Probleme; sie wird nicht Vasall, sondern bleibt Herr ihres eigenen Schicksals. Aber die abseits der revolutionären Jugendbewegung stehenden Proletarierjungen und -mädchen, wie es ihnen ergeht, wissen wir alle. Im Verborgenen lösen sie die Probleme, schlägt die Stunde ihres „Frühlingserwachens“.

Und aus diesen abseits Stehenden, die nicht erfaßt werden vom Vormarsch der revolutionären Jugendbewegung, kommen diejenigen her, die von der heuchlerischen Moral der herrschenden Klasse erdrückt, zur Gleichgültigkeit, zum Dahindämmern oder zur Katastrophe getrieben werden.

Wir wollen es klar sagen: die heuchlerische Moral, aus der die Tragödie in Steglitz erwuchs und die Richter in Moabit, das sind unsere Klassenfeinde. Die Richter der herr-

schenden Klasse da draußen in Moabit waschen nur ungen die dreckige Wäsche ihrer eigenen Klasse vor den Augen der Öffentlichkeit, vor den Augen des Proletariats. Sie konnten Paul Krantz nicht verurteilen, wollten sie sich nicht selbst ihr eigenes Urteil sprechen.

Aber zu diesem Verfahren seien am Rande noch einige Fragen aufgeworfen. Was wäre geschehen, wenn diese Tragödie sich nicht in jenem kleinbürgerlichen Milieu abgespielt, sondern wenn ihr Schauplatz draußen auf dem Gesundbrunnen, auf dem Wedding, dort in den Proletarierquartieren gewesen wäre? Wäre dann nicht Paul Krantz und Hilde Scheller und Ellinor Ratti schon längst in Fürsorgeerziehung gewesen? Womit wir ganz gewiß nicht sagen wollen, daß die Genannten in Fürsorgeerziehung gehören. Aber bei Proletarierjungen und -mädchen hätte mau die Probleme durch die staatlichen Behörden auf diese Weise gelöst.

Was wäre geschehen, wenn Paul Krantz nicht in Beziehungen zum Jungdeutschen Orden, sondern zum Roten Jungsturm gestanden hätte? Wäre, wenn man bei einem Mitglied des Roten Jungsturms eine Waffe findet, nicht gleich die ganze Ortsgruppe aufgelöst worden? Diese Fragen aufwerfen, heißt, sie auch damit beantworten. Der Prozeß gegen den

Prämer Paul Krantz zeigt deutlich die Konturen bürgerlicher Klassenjustiz und ihrer Moral.

Und noch eine Frage sei aufgeworfen.

Paul Krantz hat in den letzten Tagen seines Prozesses sehr milde Richter gehabt. Wir wünschen jedem proletarisch politischen Angeklagten solche besorgten Richter. Die Sorge um die Gesundheit des von ihnen in 7 Monate langer Untersuchungshaft Zermürbten ließ sie die Vorsicht außer Acht lassen, die sonst beachtet wird, damit man nicht hinter die Kulissen der Untersuchungshaft schauen kann. Selbst die „Frankfurter Zeitung“ warf die Frage auf, ob denn in der Untersuchungshaft auch für kräftige Ernährung unter allen Umständen Sorge getragen wird. Paul Krantz und sein körperlicher Zusammenbruch beantworteten diese Frage der „Frankfurter Zeitung“. Es brauchen wirklich keine Erwägungen mehr angestellt zu werden, um die bestehenden Mängel aufzudecken und das Material zum Abstellen zusammenzutragen, wie es die demokratische „Frankfurter“ wünscht. Die Untersuchungshaft gegen proletarische Gefangene, die Untersuchungsgein an proletarisch politische Gefangene ist in den Spalten des „Roten Helfers“ immer wieder und wieder angeprangert worden. Schon die Untersuchungshaft wird für proletarisch politische Gefangene zum Strafvollzug, bevor das Urteil überhaupt gesprochen wird. Diesen Strafvollzug zu ändern, sich mit aller Kraft dafür einzusetzen und die Massen zu diesem Kampf zu sammeln, das ist ebenfalls eine Lehre als Nebenergebnis, die wir aus dem Krantzprozeß ziehen.

Wenn der Vorsitzende am Schluß der Verhandlung nach der Urteilsverkündung die Schwurgerichtssitzung mit den Worten schloß: „Die Sache ist zu Ende!“ so müssen wir darauf sagen: der Kampf der Jugend ist noch nicht zu Ende. Der Kampf gegen diesen Strafvollzug, ihre Richter und ihre Klassenmoral wird fortgesetzt bis zu dem Ziel und zu dem Tage, an dem diese herrschende Klasse wirklich „am Ende“ ist. Das Herankommen dieses Tages zu beschleunigen, dafür kann die Jugend, die die Probleme, die dieser Krantz-Prozeß aufzeigt, nicht kennt. Dafür kämpfen die Roten Helfer und die Werk tätigen all überall, die das wahre Gesicht der deutschen Klassenjustiz und ihres Strafvollzuges gründlich genug kennen.

Aus dem neuen Strafgesetz-Entwurf.

Der Streikparagraß.

§ 238, Verhinderung eines lebenswichtigen Betriebes.

„Wer den Betrieb einer dem öffentlichen Verkehr dienenden Eisenbahn, Straßenbahn, Schwebbahn, Kraftfahrline, Schiffs- oder Luftfahrtsunternehmung, eines Schiffs- oder Flughafens, der Post, eines zur öffentlichen Versorgung mit Wasser, Licht, Wärme oder Kraft dienenden Werkes, einer dem Schutze gegen Feuersgefahr dienenden öffentlichen Einrichtung oder einer staatlichen Anstalt, die der Landesverteidigung dient, dadurch verhindert oder stört, daß er Bestandteile oder Zubehör beschädigt, zerstört, beseitigt, verändert oder außer Tätigkeit setzt, wird mit Gefängnis bestraft. — Der Versuch ist strafbar. — In besonders schweren Fällen ist die Strafe Zuchthaus bis zu 5 Jahren.“ — In der Begründung zu diesem Paragraphen sagt der Strafgesetz-Entwurf: *Einen lebenswichtigen Betrieb durch Sabotagehandlungen zum Stillstand zu bringen, ist unter allen Umständen strafwürdig. — Die Tatsache, daß Sabotage als Mittel in den Arbeitskämpfen angewandt wird, läßt es um so dringender geboten erscheinen, daß das Gesetz sich über die Strafbarkeit dieser Handlungen klar ausspricht. — Für das Maß der Strafbarkeit kommt in Betracht, daß Sabotagehandlungen einen Sachschaden anrichten können, der die in dem Betrieb beschäftigten Arbeiter für lange Zeit brotlos macht. Und daß sie häufig auch eine Lebensgefahr, und zwar insbesondere wiederum für die in dem Betrieb tätigen Personen, in sich schließen. — Die Strafe ist Gefängnis bis zu 5 Jahren. — Neben der Vollendung ist auch der Versuch mit Strafe bedroht. — Es sind Fälle denkbar, wo die Androhung von Gefängnis nicht ausreicht. — Wer durch eine Sabotagehandlung vorsätzlich weite Kreise der Bevölkerung in Not versetzt, z. B. in der Großstadt das Wasser oder das Licht abschneidet oder wer die Zufuhr der Milch oder anderer Lebensmittel in eine Großstadt durch die in § 238 geschützten Verkehrsmittel verhindert, muß mit schwerer Verbrechenstrafe belegt werden können. In derartigen besonders schweren Fällen muß daher statt auf Gefängnis auf Zuchthaus bis zu 5 Jahren erkannt werden.*

Arbeiter! Kämpft gegen diesen neuen Strafgesetz-Entwurf, der Euch das Streik- und Koalitionsrecht raubt.

Kolporteurs

für den Vertrieb des
„Roten Helfers“
in allen Orten Deutschlands
gesucht.

Meldungen nimmt entgegen
Verlag J Schlör
Berlin NW7, Dorotheenstraße 77/78

Kollektivmitgliedschaften der R. H. D. (Fortsetzungsliste.)

Reg.-Nr.	Mitglied.	Reg.-Nr.	Mitglied.
371	Gemeinschaft proletarischer Freidenker, Schönefeld-Mockau	328	
372	Roter Frontkämpferbund, Marienwerder	396	Sportclub „Ecentric“, Düsseldorf-Eller
373	Gemeinschaft proletarischer Freidenker, Ruhla	397	Volkschor, Remscheid
374	Roter Frauen- und Mädchen-Bund, Gau Thüringen	398	Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband, Ohrdruf
375	Roter Frontkämpferbund, Burg b. Magdeburg	399	Int. Bund der Opfer d. Kr. u. d. Arbeit, Ragnit
376	Gesellschaft freier Vogtländer Deutschlands	400	Rote Bühne, Bochum
377	Roter Frontkämpferbund, Werder	401	Volkschor „Freiheit“, Bochum
378	Arb.-Radfahrer-Bund, „Solidarität“, Hegermühle	402	Arb.-Samariter-Bund, Kolonie Leipzig, Abtlg. Westen
379	Int. Bund der Opfer d. Kr. u. d. Arbeit, Leipzig-Centrum	403	Dtsch. Nahrungs- und Genußmittel-Arb.-Verb., Eisenach
380	Gemeinderatsfraktion der K.P.D., Bensberg	404	Freie Turnerschaft, Ruhla
381	Sport Club „Adler 1905“, Berlin	405	Leseclub „Bildung“, Blindenvereinigung 1900, Berlin
382	Roter Frontkämpferbund, Neuhausen	406	Ortsausschuß d. A.D.G.B., Blankenhain
383	Kommunistischer Jugend-Verband, Ortsgruppe Nürnberg	407	Int. Bund der Opfer der Kriegsbeschädigten, Hildburghausen
384	Kommunistischer Jugend-Verband, Ortsgruppe Nürnberg, Zelle Süd	408	Roter Frontkämpferbund, Arnstadt
385	Roter Frontkämpferbund, Abtlg. II Süden, Halle	409	Allgemeiner Deutscher Gewerkschafts-Bund, Eisfeld i. Thür.
386	Roter Frontkämpferbund, Abtlg. III Westen, Halle	410	Gemeinde Schlottwitz (wieder gestrichen)
387	Roter Frontkämpferbund, Abtlg. IV Norden, Halle	411	Gesellige Vereinigung „Loreley“, Hannover
388	Roter Frontkämpferbund, Abtlg. V Zentrum, Halle	412	Roter Frontkämpferbund, Heidenau
389	Roter Frontkämpferbund, Artern	413	Roter Frontkämpferbund, Fürstenberg
390	Arbeiter Sänger-Chor, Caenau	414	Roter Frontkämpferbund, Offenbach
391	Arb.-Radfahrer-Verein, Pfützhthal b. Salzmünde	415	Roter Frontkämpferbund, Düsseldorf
392	Roter Frontkämpferbund, Piesteritz	416	Proletarischer Freidenker-Verein, Brambauer
393	Roter Frontkämpferbund, Allstedt Gr. Herzt, Sachsen	417	Freie Spielmann-Vereinigung Groß-Berlin, „Wirbel 1889“
394	Roter Frontkämpferbund, Weißfels	418	Roter Frauen- und Mädchen-Bund, Ludwigshafen
395	Roter Frontkämpferbund, Elsterwerda	419	Arbeiter-Schießclub, Hannover-Altstadt
		420	Gemeinde Oibersdorf i. Sachsen

Die Ermordung Eisners. — Die Rentenklage der Witwe Eisner.

Am 21. Februar waren es neun Jahre, daß Kurt Eisner, der revolutionäre Ministerpräsident von Bayern, auf dem Wege zum ersten nachrevolutionären Landtage, dem er seinen Rücktritt mitteilen wollte, von dem kaum 20jährigen Grafen Arco-Oppenheim (wohl im Austrage einer faschistischen Feme, deren Mitglieder noch nicht feststehen) ermordet wurde. Diese Mordtat löste bekanntlich die Affekthandlungen Lindners aus, der auf Eisner schoß, in der Notwehr den Major Jahreiss tötete (der Abgeordnete Osel wurde von der Tribüne herunter erschossen) dafür 14 Jahre Zuchthaus bekam und erst Weihnachten 1927 mit Bewährungsfrist begnadigt wurde. Graf Arco hatte die Mordtat schon länger vorbereitet. Er wollte Eisner bereits bei einer Demonstration, die sich gegen die Noskepolitik richtete, niederschließen, wurde aber aus bestimmten Gründen noch zurückgehalten. In der Versammlung, in der Eisner über die Berner Sozialistenkonferenz berichtete, wurden von Studenten Zettel verteilt, auf denen es hieß: „Mach' hurtig, Landvogt, Deine Uhr ist abgelaufen.“ Später konnte festgestellt werden, daß der Druck dieser Zettel von dem heutigen nationalsozialistischen Abgeordneten und damaligen Monarchisten Buttman besorgt worden war. An den Häusern las man Anschläge: „Tukaff macht's.“ alles Beweise dafür, daß der Mordanschlag auf Eisner von einer Feme beschlossen worden ist. Wenn man die Hintergründe aufzuhellen sucht,



Revolutionärer Marinesoldat legt einen Kranz auf dem Grabe Eisners nieder

stößt man auf den Namen Erhard Auer, dem Ministerkollegen Eisners und heutigen Vizepräsidenten des bayerischen Landtages und Kandidaten für die nächsten Landtagswahlen. In dem großen Auer-Prozeß, der Ende Januar 1925 gegen die oppositionellen Sozialdemokraten Winter und Kaempfer in München unter einem Trommelfeuer von rechtssozialistischen Verleumdungen geführt wurde — das kommunistische Organ war damals unterdrückt — haben sich die Schuldbeweise gegen Auer geradezu gehäuft. Es wurde an Hand von unwiderlegten Zeugenaussagen ermittelt, daß Auer sich bereits am Weihnachtsabend 1918 in der Leibregimentskaserne mit dem Grafen Arco getroffen und bei einer Feier mit ihm auch gesprochen hatte, ferner, daß Auer mit dem faschistischen Führer Buttman, der die Femezettel gegen Eisner drucken ließ, ein geheimes Stichwort ausgemacht hatte. Auf Grund dieses Stichwortes konnte Buttman Auer aus einem Schnellzug herausholen und mit ihm die nächsten Anschläge besprechen. Da aber die Zeit noch nicht reif war, ließ Auer seine Faschistenfreunde damals noch fallen, wenigstens in der Öffentlichkeit.

Als sich Graf Arco wegen der Bezeichnung „Mordgraf“ durch die Auersche „Münchener Post“ für die Enthüllung der Blumenstraubaffäre zu rächen suchte, bemühte sich Auer mit allen Mitteln, die Wahrheit dieser kompromittierlichen Geschichte zu vertuschen. Er stellte es so dar, als ob er mit dem Grafen Arco schwerkrank in der Klinik gelegen und ihn die Krankenschwester gebeten hätte, Arco, der gerade eine schwere Operation durchzumachen hatte, doch Blumen zu geben, weil er angeblich gar nichts habe. In Wahrheit hat Auer fast zwei Jahre nach dem Morde an Eisner, als er gar nicht mehr in der Klinik war, sondern bereits wieder im öffentlichen politischen Leben stand, seine eigene Tochter mit einem Blumenstrauß und einer ministeriellen Visitenkarte in die Klinik geschickt, wo der bereits verurteilte Arco eine harmlose Nachoperation an sich vornehmen ließ.

Wegen der Enthüllung dieser persönlich-politischen Zusammenhänge Auers mit dem Mörder Eisners wurden Winter und Kaempfer aus der SPD. ausgeschlossen, deren Spitzen mit allen Mitteln die Aufklärung der sozialdemokratischen Mitglieder über die Rolle Auers und seiner Komplizen in der Partei zu verhindern trachteten. Aus begreiflichen Gründen: Haben doch der Stampfersche „Vorwärts“, dann Hermann Müller und nicht zuletzt Kuttner gegen Eisner kurz vor seiner Ermordung ebenso gehetzt wie die Auersche „Münchener Post“, die einige Tage vor der Ermordung schrieb, daß es mit Eisner ein Ende haben müsse.

Sie verbreiteten die gemeine Lüge, daß Eisner in Bern gegen die Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen gewesen sei. Das glatte Gegenteil war der Fall. Die deutschen Kriegsgefangenen haben es Eisner zu verdanken, wenn sie so rasch wie möglich von den Qualen der Kriegsgefangenschaft erlöst wurden. Die Scheidemänner wissen daher, warum sie ihren Auer nicht fallen lassen und — die früheren USP.-Führer haben sich damit abgefunden, wie sie sich ja mit allen Niederträchtigkeiten der Scheidemann und Noske zufrieden geben

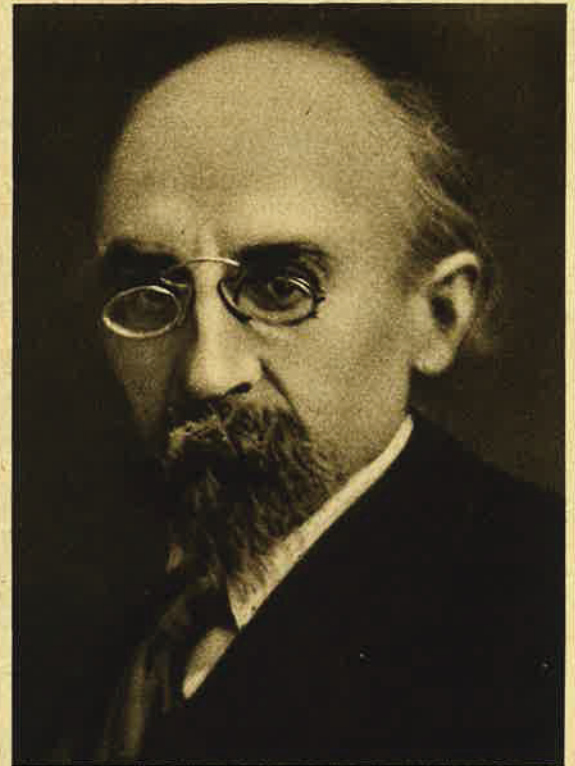
Es war nicht anders wie bei der Ermordung von Liebknecht und Luxemburg. Das Gedicht des erbärmlichen Renegaten Zickler hat die wahren Gefühle der MSP.-Verbrecher zum Ausdruck gebracht.

Heute freilich ist es aus wahltaktischen Gründen wieder opportun, Eisner als „Idealisten“ und bedeutenden Politiker zu preisen, ihn gegen die blöden Angriffe der Hitlerianer in „Schutz“ zu nehmen, wie das kürzlich Auer in einer Münchener Versammlung getan hat. Es soll wie in der katholischen Kirche gehen: Die Ketzer, die man zuerst verbrennen ließ, wurden später, als kaum jemand die näheren Umstände ihres Unterganges kannte, heilig gesprochen. Nach der Ermordung Eisners konnte die sozialdemokratisch-demokratisch-klerikale Regierung Hoffmann nicht umhin, den Hinterbliebenen Eisners auf Grund der Unfallbestimmungen des Bayerischen Beamtengesetzes eine unwiderrufliche Rente zu bewilligen. Die Rente wurde bis in den Sommer 1923 hinein bezahlt und dann einfach gestrichen, als das Porto höher war als die ganze Rente. Nach Beseitigung der Inflation stellte sich die bayrische

Regierung einfach auf den Standpunkt, daß keine Rechtspflicht bestehe, was sie bereits im Jahre 1921 erklären ließ, als die Witwe Eisners infolge der fortschreitenden Geldentwertung um Erhöhung ersuchte. Irgend eine Mitteilung an die Frau Eisner erging nicht, bis sich die Regierung infolge der öffentlichen Angriffe entschloß, der Witwe Eisners auf Umwegen wissen zu lassen, daß keine Rechtspflicht bestehe. Mit dieser Auskunft hatten sich auch die sozialdemokratischen Parteihursten — darunter Alwin Saenger — begnügt, die so taten, als ob sie sich der Sache annehmen wollten. Im übrigen kümmernten sich die früheren unabhängigen Parteifreunde Eisners um die Witwe Eisners, ihre materielle Lage und ihren Rechtsanspruch verflucht wenig.

Einzig und allein die Rote Hilfe gewährte der Frau Eisner eine regelmäßige Monatsunterstützung. Als alle sozialdemokratischen Parteijuristen glücklich versagt hatten, nahmen einige „Laien“ die Rentenklage der Frau Eisner endlich ernsthaft in Angriff und brachten es zur Bestellung eines Armenanwaltes, des aus dem Fechenbachprozeß bekannten Dr. Hirschberg.

Obwohl der bayerischen Regierung seit Mai 1927 bekannt war, daß die Witwe Eisners Klage anstrengt, hat sie es bis heute nicht für nötig erachtet, einen Anwalt zu bestellen. Ein Termin vom 13. Februar mußte daher auf den 12. März verschoben werden. Die Herren bayerischen Ministerialbürokraten belieben mit dem Rentenanspruch der Witwe Eisners Schindluder zu treiben, während sie den völkischen Putschisten freigebig Pensionen bewilligen, auch wenn sie keinen Dienstunfall erlitten haben. Siehe den Fall von der Pfordten und Ludwig Graf!



Witwe Eisner

VON UNSERN ROTE-HILFE-KORRESPONDENTEN

Berlin-Brandenburg.

Ende Oktober 1927 wurde dem Bezirksvorstand mitgeteilt, daß der rote Geiger Soermus dem Bezirk Berlin-Brandenburg vom 2. bis 18. Dezember 1927 zur Verfügung steht. Die Ortsgruppen wurden durch ein Rundschreiben davon in Kenntnis gesetzt. Nachdem eine Tournee zusammengestellt war, wurden den in Frage kommenden Ortsgruppen durchschnittlich 14 Tage vor Stattfinden des Konzertes die Plakate und Eintrittskarten zugestellt. In der „Roten Fahne“ und der „Welt am Abend“ erschienen vorher einige kleine Artikel, die auf das Stattfinden der Konzerte aufmerksam machten. Besonders gut unterstützte uns die „Rote Fahne“. B-Ausgabe, die fast zu jedem Konzert in der Provinz einen kleinen Artikel brachte. Das Gesamtergebnis des Tournees folgendes:

Einnahmen	4 817,00 M.
Ausgaben	3 665,65 M.
Überschuß	1 151,35 M.
Sammlung	1 763,79 M.
Gesamtüberschuß	2 915,14 M.

Das finanzielle Ergebnis dieser Soermus-Konzerte ist, wie ersichtlich, ein sehr erfreuliches. Aber auch der politische Erfolg ist in fast allen Ortsgruppen verhältnismäßig gut. Von den 17 stattgefundenen Konzerten ist nur ein einziges, und zwar in Jüterbog, durch den schlechten Besuch ungünstig ausgefallen. In Fürstenwalde ist ebenfalls ein kleines Defizit zu verzeichnen. Hier lag es aber daran, daß an diesem Tage einige andere Veranstaltungen stattfanden und unsere Ortsgruppe einen abgelegenen Saal nehmen mußte, bei dem die Miete noch dazu sehr hoch war. Soermus ist für alle Konzerte, ob in der Provinz oder in Berlin, mit je 100 M. entschädigt worden.

Zur Organisation der Soermus-Konzerte fuhr am Tage des Konzertes der Agitpropeller des Bezirksvorstandes in die betr. Orte und organisierte die Saal Ausschmückung, den Ordnerdienst und die Sammler. Seine Unkosten, Fahrgehalt usw. wurden gedeckt durch einen Verkauf von Programmen, die für alle Soermus-Konzerte Gültigkeit hatten. In den 16 ersten Konzerten wurden insgesamt 2052 Stück Programme à 10 Pfennig umgesetzt, so daß von den 205,20 M. Einnahmen noch ein beträchtlicher Überschuß übrig blieb. Auf den Programmen waren noch Werbeartikel für die Rote Hilfe und für unsere Literatur enthalten.

Das beste finanzielle Ergebnis bei den Soermus-Konzerten waren die während des Konzertes durchgeführten Tellersammlungen. Während des Konzerts machte Soermus eine Pause und forderte durch eine kleine Ansprache alle Besucher auf, jetzt recht tief ins Portemonnaie zu greifen und jeder nach besten Kräften für unsere Kinderheime zu spenden. Er beobachtete die Sammlung von der Bühne aus und machte darauf aufmerksam, wenn ein Besucher größere Geldmünzen oder Papiergeld auf den Teller legte. Der Erfolg dieser Propaganda war in den meisten Fällen gut. In zwei Fällen legte ein Besucher je 15.— M. auf den Teller und in mehreren anderen Fällen 10 M. und 5 M.

Alle 17 Veranstaltungen sind durch einen vorher eingereichten Antrag an die Steuerbehörde von den sonst üblichen Steuern befreit worden, so daß auch hier ein doppelter Erfolg zu verzeichnen ist. Als Eintrittspreis wurde in allen Veranstaltungen 80 Pfg. und für Erwerbslose gegen Vorzeigung der Stempelparte 40 Pfg. erhoben.

Trotzdem vor Beginn der Soermus-Konzerte von mehreren Ortsgruppen starke Bedenken gegen diese Konzerte, wegen der hohen Entschädigung von 100 M. erhoben wurden, sind jetzt alle Ortsgruppen außer Jüterbog mit dem Ergebnis sehr zufrieden und jederzeit bereit, weitere Soermus-Konzerte durchzuführen.

Ostachsen.

Unsere Arbeiten im Januar waren im wesentlichen innerorganisatorischer Natur, wie es ja auch im zentralen Arbeitsplan vorgesehen ist. Durch intensive Bearbeitung der Genossen in den Jahreshauptversammlungen erreichten wir, daß die bisher noch fehlende Anpassung unserer Arbeit in den Mitgliederversammlungen an die neuesten und wichtigsten Ereignisse bereits ziemlich stark Fuß gefaßt hat. Wir setzten bereits mit der Kampagne gegen den neuen Strafgesetzentwurf ein, wiesen die Genossen in den Rundschreiben auf die politische Wichtigkeit dieser Arbeit hin und erreichten, daß insbesondere der § 238, der sich gegen das Streikrecht mehrerer Arbeiterkategorien wendet, zum Diskussionsobjekt in den Betrieben geworden ist. Einzelne Ortsgruppen verteilten nach den entsprechenden Mitgliederversammlungen und den Anweisungen im Rundschreiben Zettel an die Arbeiter der Betriebe, auf denen der Wortlaut des § 238 abgedruckt war. Damit verbunden war die Aufforderung, durch Betriebsräte und Gewerkschaften Versammlungen einzuberufen, in denen durch einen unserer Referen-

ten Stellung zu der Justiz gegen die Gewerkschaften genommen werden soll. Es soll dadurch erreicht werden, daß wir mehr als bisher an die Betriebe herankommen.

Am 10. 1. veranstaltete die Ortsgruppe Dresden in einem ihrer Verwaltungsbezirke eine öffentliche Kundgebung gegen den Strafgesetzentwurf. Sie war zugleich eine Solidaritätsbezeugung dem Genossen Fritz Hensel gegenüber, der wegen „Zerstückelungsarbeit unter der Reichswehr“ zu 15 Monaten Festungshaft verurteilt wurde. Mit dieser örtlichen Angelegenheit und dem Kampf gegen den Strafgesetzentwurf verbanden wir die Protestbewegung gegen



Ein junger aktiver Roter Helfer: Georg Hax, Ortsgruppe Viersen (Bezirk Niederrhein), beteiligt sich hervorragend an dem Vertriebe des „Roten Helfer“ und sonstiger R.-H.-Literatur. Er hat große Erfolge aufzuweisen.

die neuesten Uebergänge der bulgarischen Regierung, was uns auch sehr gut gelungen ist. Es darf eben niemals eine Kampagne vereinzelt durchgeführt werden, wir dürfen vielmehr nicht vergessen, daß unsere Arbeit ein einziger großer Kampf ist, in dem nur zeitweise besondere Momente besonders stark hervorgehoben werden müssen. In der kommunistischen „Arbeiterstimme“ traten wir in diesem Monat stärker hervor, als es früher der Fall war, insbesondere durch die Behandlung der bulgarischen Angelegenheit und Hinweise auf die Wichtigkeit des Kampfes gegen den Strafgesetzentwurf. Die sozialdemokratische „Volkszeitung“ druckte unseren „Aufruf an alle Arbeiterorganisationen“ (betr. Protestkundgebungen und Protestschreiben an die bulgarischen Behörden) nicht ab, obwohl wir den Brief eingeschrieben absandten und auch später nochmals eine Mahnung nachgehen ließen. Daraufhin stellten wir in der „Arbeiterstimme“ in aller Öffentlichkeit die Frage, ob die „Volkszeitung“ wirklich ein „Organ des werktätigen Volkes“ ist, als das sie sich bezeichnet.

Im „Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung“ führen wir einen Vorstoß durch für den korporativen Anschluß. In Dresden-Naußlitz wurde er durch die „Arbeit“ einiger SPD.-Angestellter nicht zur Tatsache. Es steht aber durch eine Auseinandersetzung auf der letzten Delegiertenversammlung des Unterbezirkes Dresden fest, daß den einzelnen Gruppen der Beitritt nicht verwehrt werden kann. Es wäre vielleicht zu wünschen, einmal ge-

sammeltes Material über Gotteslästerungsprozesse und literarische „Verbrechen“ herauszugeben, mit dem wir besonders die Freidenker-Genossen interessieren können.

Inzwischen haben wir begonnen, Vorarbeiten für die China-Kampagne zu leisten. Im Gegensatz zu anderen Kampagnen begannen wir diesmal mit einer gründlichen politischen Information der Funktionäre Dresdens, und werden nach und nach die anderen Ortsgruppen ähnlich bearbeiten, damit bessere Energieentfaltung erzielt wird.

Hinweisen möchten wir noch, daß wir das Geschrei in der Bourgeois-Presse über die Verbannung russischer oppositioneller Kommunisten benutzten, um den Versuch zu machen, eine grundsätzliche Auseinandersetzung über bürgerliche und proletarische Klassenjustiz einzuleiten. Bisher veranstalteten wir in einem Dresdner Verw.-Bezirk eine Mitgliederversammlung mit dem Thema „Verbannung nach Sibirien! Russische Gefängnisse!“ Der Besuch betrug das Sechsfache sonstiger Versammlungen, reges Interesse herrschte. Wir behandelten dort erst organisatorische Fragen und erhielten reichlich neue Funktionäre, dann sprachen wir über die grundsätzliche Frage der proletarischen Justiz und unsere Stellung zu ihr, womit wir eine Gegenüberstellung der alten zaristischen Methoden verknüpften. Denn die Bürgerlichen behaupten ja, daß heute dasselbe System — mit anderen Vorzeichen — in Rußland herrsche, das früher da war. An dem Lichtbildvortrag „Zaristische Kerkergruel“ zeigten wir die „Rechtspflege“ im kapitalistischen Rußland, und in gründlichen Darlegungen gingen wir auf die jetzige Justiz ein. Das muß für andere Bezirke eine Anregung sein.

Erzgebirge-Vogtland.

Während die bürgerliche Meute sich den Konfuzerbrach und grübelte, was sie sich zum kommenden Feste wünschen sollte, da wanderten „Rote Helfer“ von Tür zu Tür, von Laden zu Laden, tagelang, um Weihnachtsspenden für ihre gefangenen Genossen und deren Angehörige zusammenzutragen. Mancher wird dabei gewesen sein, der selbst seinen eigenen Kindern nicht die kleinste Weihnachtsfreude bereiten konnte, manche Mutter, die am „heiligen Abend“ mit ihren Kindern ihr Stück Brot teilte, wie alle Tage. Man muß gesehen haben, wie wenige Wochen vor Weihnachten alle die Spenden, Lebensmittel, Spielzeuge und Kleidungsstücke durch die dünnen, ausgezehnten Proletarierhände wanderten, selbst keinen ganzen Schuh am Fuß, brachten sie neue Schuhe, selbst keinen warmen Mantel, frierend, brachten sie Kleidungsstücke zur Sammelstelle der „Roten Hilfe“. Wer aber glaubt, daß es allen denen schwer gefallen sei, diese Dinke abzugeben, der hat keine Ahnung von proletarischem Klassenbewußtsein und Solidarität. Freudestrahlend, stolz auf den persönlichen Erfolg, lachende Herzen! Sie sind schon im Geist bei ihren eingekerkerten Genossen! Sie sehen das freudestrahlende Gesicht des Einsamen, von Weib und Kind auf Jahre hinaus getrennten Freund ihrer Klasse beim Öffnen des Weihnachtspaketes. Dieses Gefühl des Verbundenseins, dieses Gefühl der Solidarität, muß fruchtbar sein. Das wußten die „Roten Helfer“! Darum waren sie unermüdet und der Erfolg blieb nicht aus! 11 000.— M. wurden in bar gesammelt, dazu eine Unmenge Lebensmittel und Kleidungsstücke! Wahrlich eine zute Ernte!

Am 17. Dezember hatte die Bezirksleitung der „Roten Hilfe“ Erzgeb.-Vogtland alle Roten Helfer eingeladen. Sie sollten kommen und teilnehmen an der Bescherung für die Frauen und Kinder politischer Gefangener. Darunter befanden sich auch einige Genossen, die erst vor wenigen Wochen das Zuchthaus verlassen hatten. 700 Rote Helfer waren gekommen. Der Saal des „Capitols“ trug einen ausgesprochenen proletarischen Charakter. An den Wänden hingen riesige Transparente: „Tretet ein in die Rote Hilfe!“ „Heraus mit unseren politischen Gefangenen!“ „Her mit der Vollamnestie!“ Vor der Bühne waren zwei große Weihnachtsbäume geschmückt mit roten Rosen aufgestellt. Die Bühne selbst war von der Proletarischen Volksbühne in ein proletarisches künstlerisches Gemälde verwandelt. An weißgedeckter Tafel vor der Bühne saßen die 38 Hilfsbedürftigen, für die der Abend bestimmt war. Ehemalige Gefangene mit ihrer Familie und die Frauen und Kinder der noch eingekerkerten Genossen. Vor der Eröffnung des Abends wurden 38 Portionen Essen für die Obigen aufgetragen. Das war eine ganz besondere Freude. Ist es doch für einen Proletarier eine Seltenheit, wenn er einmal einen fertigen warmen Happen auf gedecktem Tische aufgetragen bekommt. Dinke, diadem Bürgerum Selbstverständlichkeiten sind, sind dem Proleten fremd.

Um 20 Uhr wurde die eigentliche Feier eröffnet. Das Programm dazu war aus künstlerischen Dar-

bietungen zusammengesetzt. Im Mittelpunkt stand die Ansprache des Genossen Werner Hirsch, der wenige Tage später (am 27. Dezember) selbst auf 1 Jahr 6 Monate nach der Festung Gollnow mußte, wo er sich auch gegenwärtig befindet. Besonders zu bewerten waren die 7-Bilder von Walter Tropenz, dargestellt von der Proletarischen Volksbühne, Chemnitz. Sie zeigten den Golgathaweg des Proletariats bis zu seinem Ende. Der Höhepunkt der Veranstaltung wurde aber erst erreicht, als der Gen. Karl Gmünder, der mehrere Jahre im Zuchthaus zu Waldheim war, das Wort nahm, um über diese Zeit zu berichten. Dabei stellte er in den Vordergrund die Tätigkeit der R. H. „Wenn unser Kampfeswille nicht gebrochen würde, so danken wir es einzig und allein den Roten Helfern!“ Dieses Wort war eine Genugtuung für die anwesenden Roten Helfer! Wenn hier und da noch ein Zweifler war, jetzt wußte er, daß seine Mühe nicht vergeblich gewesen. Und als er sich noch davon überzeugen konnte, daß die von ihm gesammelten Spenden sich in den Händen der wirklich Hilfsbedürftigen befanden, da war es für jeden klar: Wir müssen die Front der Roten Helfer verbreitern, denn das ist gleichbedeutend mit der Stärkung der Kampffront des Proletariats, gleichbedeutend mit der Sicherstellung des Sieges der Arbeiterklasse der ganzen Welt!

Von diesem Geiste beseelt, beim Gesang der „Internationale“, fand dieser Abend einen würdigen proletarischen Abschluß!

Ruhrgebiet.

Die Weihnachtssammlung zum Weihnachtsfest 1927 war ein einigermaßen guter Erfolg in unserem Bezirk.

Mehr noch hätte geleistet werden können, wenn die gesamte Sammelstätigkeit nicht nur auf die Schultern einiger weniger Genossen und Genossinnen geruht hätte. In Zukunft muß das anders werden. Jedes Mitglied muß es sich zur Pflicht machen, bei allen vorkommenden Kampagnen aktiv tätig zu sein.

Vier weitere Genossen kehrten von Herrn Hindenburg begnadigt, in die „Freiheit“ zurück. Wir begrüßen die Genossen wieder in unseren Reihen.

Die Klassenjustiz verurteilte im Hattinger-Prozeß 9 Genossen zu insgesamt 5½ Jahren Gefängnis. Die Stahlhelmbanden, die die eigentlichen Angeklagten waren, fungierten als Belastungszeugen.

Eine von über tausend Arbeitern besuchte öffentliche Hoelzkundgebung in Dortmund, in der die Genossin Traute Hoelz sprach, war ein voller Erfolg für die Rote Hilfe.

In allen Arbeitsgebieten fanden Arbeitsgebietskonferenzen statt, in denen alle Arbeiten für das erste Halbjahr 1928 besprochen und alle Mängel unserer Organisation erörtert wurden.

Der Bezirksvorstand hielt eine Sitzung ab, in der alle Arbeiten, besonders die zu unserer März-kampagne besprochen wurden.

Mit der Aufstellung der Ortsgruppen Groß-Essen und Groß Dortmund erklärte sich der Bezirksvorstand einverstanden. Einige, dem Bezirksvorstand vorliegende Unterstützungsanträge, wurden erledigt.

Den Genossen Albert Assmann aus Bottrop und Johann Stamm aus Bochum, wurden als erste im Ruhrgebiet, im Auftrage des Zentralvorstandes, das Mopr-Abzeichen mit einem Diplom überreicht.

In einigen Ortsgruppen fanden Lichtbildvorträge statt, die zum Teil gut besucht waren. In Ortsgruppen entfallen eine rege Versammlungstätigkeit. Zur Zeit finden in einigen Orten öffentliche Chinkundgebungen statt, in der der Genosse Siatung spricht.

Hessen-Frankfurt.

Im Januar wurden hauptsächlich Arbeiten innerorganisatorischer Natur erledigt. Der Bezirksvorstand erklärte sich bereit, alles dafür einzusetzen, daß in Zukunft nur 20 Prozent der Einnahmen für organisatorische Arbeiten im Bezirk verwandt werden sollen. Eine Bezirksausschußsitzung am 12. Januar regelte einige kritische Fragen der weiteren Arbeit.

Im verflorbenen Monat stieß unsere Organisation weiter vor. In Fulda, einem der schwärzesten Orte Deutschlands, wo es bisher auch noch keine Ortsgruppe der R. H. gab, fand am 8. 2. 28 eine Traute-Hoelz-Versammlung statt, die von ca. 200 Personen besucht war. Die Stimmung war ausgezeichnet, zumal der bürgerliche Staatsapparat durch den Aufmarsch von 7 Polizeibeamten ein eindrucksvolles Bild von seinem arbeiterfeindlichen Klassencharakter gab. Das Resultat der Versammlung war die Gründung einer Ortsgruppe mit 20 Neuaufnahmen; heute zählt die junge Ortsgruppe schon 30 Mitglieder. — Z. Zt. ist die Durchführung einer ganzen Reihe von Referentenkursen in Angriff genommen worden. In Darmstadt, wo sich unser Vorstand zum größten Teil aus parteilosen Mitgliedern zusammensetzt, hat bereits eine ausgiebige Referentenbesprechung stattgefunden.

Des weiteren ist über unsere aktive Arbeit gegen den schändlichen bürgerlichen Strafvolkszug einiges zu berichten. Auf unsere Proteste wurden die

Schulobeamten, die den ins Krankenhaus überführten Genossen Krings ununterbrochen an seinem Bette bewachen mußten, zurückgezogen. Der schwerkranke Genosse wurde im weiteren Verlauf aus der Haft entlassen und durch einen Roten Helfer nach seiner Heimat, Unkel a. Rh., gebracht. Die R.F.B.-Kameraden in der Strafanstalt Preungesheim wurden mit Paketen versorgt und wiederholt besucht. Der kommunistischen Stadtverordneten-Fraktion von Wlesbaden ist es gelungen, den Genossen Sulzbach vom Ortsvorstand der R. H. zum stellvertretenden Mitglied des Gefangenenausschusses durchzusetzen. Wenn unsere Gefangenenausschüsse ihre Erfahrungen in den Gefängnissen des bürgerlichen Staates verwerten, so wird das viel zur Aufklärung der Arbeiterschaft beitragen. Der Frankfurter Gefängnisbeirat, Genosse Aschenbrenner, hat z. B. mit Erfolg in einer Ver-



Die Gemeindevertretung von Harthau bei Chemnitz im Erzgebirge beschloß, nach Clara Zetkin, der Präsidentin der Internationalen Roten Hilfe, eine Straße des Ortes zu benennen. Unser Bild zeigt die Clara Zetkinstraße.

sammlung der sozialdemokratischen „Arbeiterwohlfahrt“ als Diskussionsredner den bürgerlichen, die Methoden des Quälens von Menschen anwendenden Strafvolkszug beleuchtet.

Clara Zetkin, die greise Führerin, bei ihrer letzten Ankunft in Berlin im Gespräch mit einem von der R. H. D. in Pflege genommenen Kind der Wiener Barrikadenkämpfer.



Buchbesprechungen und Ankündigungen.

Die Februar-Nummer der „Mopr“-Zeitschrift ist erschienen.

Die soeben erscheinende Nr. 2 der Funktionär-Zeitschrift der Internationalen Roten Hilfe zeigt, daß die Zeitschrift immer mehr zu einem wirklich führenden Organ in allen Fragen der Klassenjustiz und der Roten Hilfe wird. Dies geht besonders aus der Rubrik „Aus der Praxis — für die Praxis“ hervor, in der die Roten Hilfe-Arbeiter über ihre Erfahrungen berichten und die entsprechenden Lehren daraus ziehen; sie hat in dieser Nummer erheblich an Umfang gewonnen.

Dieses Heft ist vor allem den großen Kampagnen gewidmet, die die Roten-Hilfe-Organisationen in der nächsten Zeit für die Opfer des bürgerlichen Terrors zu führen haben. Der Leitartikel beschäftigt sich mit dem bevorstehenden fünfjährigen Jubiläum der I.R.H. Der zweite Artikel „Hilfe den Opfern des chinesischen „Terrors“ zeigt, wie die Hilfe für die von dem grausamen Terror der Generale bedrohten chinesischen Volksmassen organisiert werden muß. Der Genosse Esche beschäftigt sich in einem längeren Aufsatz mit dem Matteotifonds der Zweiten Internationale und zeigt dabei an Hand eines ausführlichen Materials auf, daß dieser angeblich zur Unterstützung der „Opfer des Terrors in den Ländern ohne Demokratie“ gebildete Fonds in Wahrheit ein Fonds zur Unterstützung der Organisation der Zweiten Internationale und zu antibolschewistischer Propaganda ist. Genosse Welew berichtet über die zweite Internationale juristische Besprechung der I.R.H. Ein Artikel des Genossen Hopfe über Funktionärschulung gibt eine Reihe von Hinweisen auf dieses bisher arg vernachlässigte Gebiet und zeigt die Notwendigkeit einer systematischen Schulungsarbeit auf.

Aus der Roten-Hilfe-Bewegung bringt die Zeitschrift eine Reihe interessanter Berichte aus der Roten-Hilfsarbeit in der Sowjetunion, Deutschland und England. Die Rubrik „Aus der Praxis“ bringt folgende sehr interessante Notizen: Was haben die Roten Helfer in der China-Kampagne zu tun? — Anregungen für Märzfeiern 1928 — Wie künstlerische Veranstaltungen nicht gemacht werden dürfen — Lichtbilderpropaganda — Wie wir R.H. Kurse organisieren — Mehr Verbindung mit den politischen Gefangenen! — Mehr Beweglichkeit beim Literaturvertrieb!

Die Bücher- und Zeitschriftenschau bringt wieder eine Reihe von Besprechungen wichtiger Literatur für den Roten Helfer. Außer einer ausführlichen Chronik der Verfolgungen und des Faschismus in aller Welt sind dem Heft die Resolutionen zur Agitprop-Arbeit der I.R.H. und zur Politmigration und zum Kampf um das Asylrecht beigegeben.

Jeder, der sich über die Fragen der Klassenjustiz und der Roten Hilfe interessiert, muß diese Zeitschrift lesen. Sie ist zu beziehen durch die Organisation der Roten Hilfe oder direkt vom Mopr-Verlag, Berlin NW 7, zum Preise von 20 Pf. pro Heft.

5 Jahre I. R. H.

32 Seiten Text und 8 Seiten Bilder. Herausgegeben vom Exekutiv-Komitee der I.R.H. Preis 20 Pfenni.

Demnächst erscheint: 2. neu und umgearbeitete Auflage von

„Politische Justiz gegen Kunst und Literatur“.

Vorausbestellungen nehmen schon jetzt entgegen: Mopr Verlag, Berlin NW 7, Dorotheenstraße 77/78.